06 / 2020
DStGB
Dienstleistungs-GmbH

KOMMUNAL.

WIR GESTALTEN DEUTSCHLAND

LEITARTIKEL

Digitalisierung ist nichts für Heulsusen

Seite 06

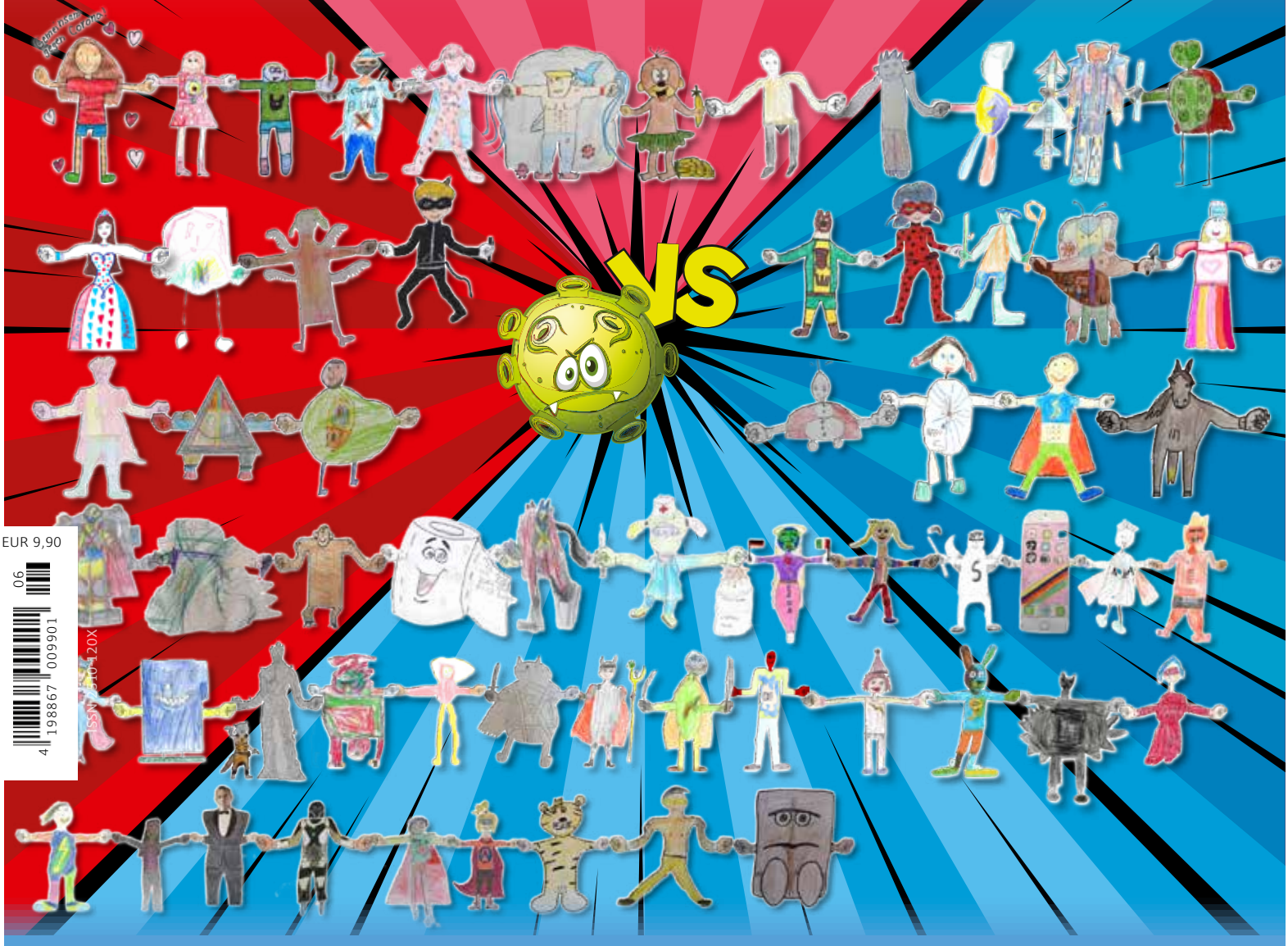
EXKLUSIVE STUDIE

Familienfreundlichste Städte Deutschlands

Seite 22

DIE **HELDEN** IN DER CORONA-KRISE

Wie Kommunen Kinder und Erwachsene mit tollen Aktionen aufmuntern **Seite 10**



EUR 9,90
06
4 198867 009901
ISSN 2510-120X

Mobile Geräteausstattung als Grundlage für ortsunabhängiges Lernen.

Mobiles Lernen mit dem iPad erfährt in Schulen stetig wachsende Verbreitung. Gleichzeitig stehen Schulträger und Schulleiter aktuell vor der Herausforderung wie das Zusammenspiel von Präsenzunterricht und Lernen zuhause möglichst ohne großen Mehraufwand umgesetzt werden kann.

Homogene Apple Lösungen sorgen für einen reibungslosen Betrieb und helfen Schulen bei der Bewältigung der aktuellen Herausforderungen. Sie unterstützen Lehrkräfte bei der Erstellung und Bereitstellung von Unterrichtsmaterialien und ermöglichen ein personalisiertes Lernerlebnis für jeden Schüler von jedem Ort aus.

Sie möchten mehr erfahren?

Dann wenden Sie sich an uns, die Apple Authorised Education Specialists.

Mit unseren speziell zertifizierten pädagogischen Trainern unterstützen wir Schulen bei der reibungslosen Einbindung von Apple Technologie in bestehende Lernplattformen und zeigen auf, wie das iPad dabei helfen kann, einen kontinuierlichen Unterrichtsbetrieb aufrechtzuerhalten.

Authorised Education Specialist

acs group. BECHTLE CANCOM EDUXPERT Gesellschaft für digitale Bildung REDNET thinkRED DIGITAL LEARNING

Weitere Informationen finden Sie auf www.tablets-im-unterricht.de

Rechtliche Hinweise: Die abgebildeten Apps sind im App Store erhältlich.

FOTO/DStGB

EDITORIAL

FINANZIELLE HANDLUNGSFÄHIGKEIT DER KOMMUNEN SICHERN

Bereits jetzt zeichnet sich ab: Die Corona-Pandemie hat tiefe Löcher in die kommunalen Kassen gerissen. Das Ausmaß ist noch nicht in vollem Umfang abzuschätzen. Klar ist aber, dass Städten und Gemeinden Finanzmittel in einem deutlich zweistelligen Milliardenbetrag fehlen werden. Das können die Kommunen nicht aus eigener Kraft abfedern. Um die Folgen zu bewältigen, müssen Bund und Länder jetzt einen Corona-Rettungsschirm spannen. Dazu sollten unter anderem folgende Maßnahmen gehören:
Wir brauchen schnell wirksame Maßnahmen in den Bundesländern zur Sicherstellung der kommunalen Liquidität und Handlungsfähigkeit. Die für den Finanzausgleich zur Verfügung stehende Verbundmasse muss gehalten werden. Zudem benötigen Kommunen eine Entlastung ihrer Haushalte von Sozialausgaben durch den Bund, vor allem durch Übernahme von durch die Krise zusätzlich entstehenden Kosten der Unterkunft. Wir müssen alles für den Erhalt und die Stärkung der gemeindlichen Steuereinnahmen tun, gegebenenfalls durch Zuweisung zusätzlicher gemeindlicher Steueranteile. Schließlich muss ein Finanzierungsinstrument „Sicherung der Kommunalfinanzen in der Corona-Krise“ (Kommunaler Corona-Rettungsschirm) durch den Bund und die Länder etabliert werden. Ein Konjunkturprogramm zur Wiederbelebung der Wirtschaft muss ein kommunales Kapitel mit einem dauerhaften kommunalen Investitionsvermögen umfassen. Städte und Gemeinden waren maßgeblich am bisherigen Erfolg der Pandemiebekämpfung beteiligt. Jetzt dürfen Bund und Länder sie nicht allein lassen.

Dr. Gerd Landsberg
Hauptgeschäftsführer des
Deutschen Städte- und Gemeindebundes

INHALT

Liebe Leserin, lieber Leser,

es ist leider nicht allzu schwer zu erkennen, welche langfristigen Auswirkungen die Coronakrise auf unsere Kommunen haben wird. Spürbar wird das in ersten Städten und Gemeinden ganz konkret schon jetzt durch Haushaltssperren. Diese sind mehr als eine Vorsorgemaßnahme. Die jüngste Steuerschätzung zeigt, dass in den Kommunen Milliarden fehlen werden. Während über der Wirtschaft und für Betroffene Arbeitnehmer diverse Hilfsprogramme ausgebreitet wurden, hat die Regierung die Kommunen bisher weitgehend vergessen. Und trotzdem leisten die Verantwortlichen vor Ort in diesen Tagen den wohl wichtigsten Teil der Arbeit. Sie organisieren die Notbetreuung für Kinder, sie kontrollieren die Maßnahmen der Regierungen und sie engagieren sich, um Eltern und Kinder in ihrer Isolation zu unterstützen oder kleine Freuden zu ermöglichen. In dieser Ausgabe zeigen wir Ihnen einen kleinen Ausschnitt dieser oft einfachen, aber wirkungsvollen Hilfen. Und wir liefern Ihnen als Verantwortliche in den Kommunen Hilfestellungen für ihre tägliche Arbeit, sei es im Gespräch mit Experten zur Krisenkommunikation oder bei der Pandemieplanung für die Zukunft.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen!

MICHAEL ZIMPER
Geschäftsführer Zimper Media GmbH

/06
Digitalisierung
Warum Corona die Zeit für Macher ist

/38
Krisenmanagement
Wie Pandemiepläne funktionieren

/20
Kommunikation
8 Tipps zum Umgang mit der Corona-Pandemie

/44
Nahversorgung
Wie Kommunen den Einzelhandel retten

FOTOS: 123RF, Dortmund Agentur, Adolf Winkelmann

POLITIK & RECHT

Leitartikel 06
Digitalisierung ist nichts für Heulsusen

Corona-Aktionen 10
Zeit für Macher

Fake-News 18
Kommunikation in Corona-Zeiten

Reportage 24
2 Jahre DSGVO

Kommunalaufsicht 28
Gemeinderat unter Zwangsverwaltung

ARBEITEN & GESTALTEN

Katastrophenschutz 32
Schutz für kritische Infrastrukturen

Pandemien 38
Wie ein Leitfaden aussehen kann

Onlinezugangsgesetz 42
Praxistipps zur Digitalisierung

LAND & LEUTE

Portrait 46
Ort im Zentrum der Pandemie

Praktikum 50
Die "Tafeln" in Coronazeiten

Ländernews 54
Kurzarbeit im öffentlichen Dienst

IMPRESSUM

Medieninhaber: Zimper Media GmbH
Reinhardtstraße 31,10117 Berlin
Mitherausgeber: Gerd Landsberg mit Unterstützung der DStGB-Dienstleistungs-GmbH, Franz-Reinhard Habbel
Geschäftsleitung: Mag. Michael Zimper

Chefredaktion (v.i.S.d.P.):
Christian Erhardt-Maciejewski

Redaktion: Gudrun Mallwitz,Silvan Heinze, Benjamin Lassiwe, Rebecca Piron

Autoren dieser Ausgabe:
Ilona Benz, Uwe Brandl, Wolfram Geiser, Gerd Landsberg, Henner Lüttich, Dorothea Walchshäusl
Gestaltung: Melina Werner
Lektorat: Klaus Schuster

Redaktionsadresse:
KOMMUNAL, Reinhardtstraße 31,
10117 Berlin, Telefon: 030/8145 012600

Anzeigen:
Gunnar Lindner (Leitung)
gunnar.lindner@kommunal.de
Manuela Czapka,manuela.czapka@kommunal.de
Marco Danker,marco.danker@kommunal.de
Stephan Zick, stephan.zick@kommunal.de

Auflage: Ø 100.000 Exemplare
Heftpreis: Einzelheft € 9,90,
Jahres-Abonnement € 49,90 (inkl. Versand)
Druck: Möller Druck und Verlag GmbH, Zeppelinstraße 6, 16356 Ahrensfelde

Gender-Hinweis: Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die Verwendung geschlechterspezifischer Sprachformen verzichtet. Bei allen Bezeichnungen, die auf Personen bezogen sind, meint die gewählte Formulierung sämtliche Geschlechteridentitäten.

Gastbeiträge und Kommentare fallen unter die Verantwortlichkeit des Autors und müssen sich nicht unbedingt mit der Meinung von KOMMUNAL decken. Die Redaktion hält sich vor, Einsendungen redaktionell zu bearbeiten und zu kürzen.

Sonderveröffentlichungen sind Beiträge, die auf Unternehmensinformationen basieren und vom Unternehmen bezahlt werden. Sie sind gekennzeichnet und erscheinen außerhalb der redaktionellen Verantwortung von KOMMUNAL.

Für unverlangt eingesandte Magazine, Manuskripte und Bilder wird keine Haftung übernommen. Gerichtsstand und Erfüllungsort Berlin, Registergericht: Amtsgericht Berlin-Charlottenburg
Handelsregister-Nummer: HRB 158797 B
Bankverbindung: Berliner Sparkasse,
IBAN: DE80 100500 00 1903 10286 BIC: BELADEBE

DER BESTE WEG ZU **KOMMUNAL ...**

... für Leser, die Fragen zur Verteilung oder zum Abonnement haben:
leserservice@kommunal.de
www.kommunal.de/leserservice

... für Leser, die Artikel kommentieren oder Informationen einsenden wollen:
redaktion@kommunal.de

... für alle, die sich für unsere Media-Daten interessieren:
office@kommunal.de
www.kommunal.de/unternehmen

LEITARTIKEL

LEITARTIKEL

DIGITALISIERUNG IST **NICHTS FÜR HEULSUSEN**

Bürgerversammlungen, Stadtgespräche und Ratssitzungen online – auf einmal geht's! In zahlreichen Gemeinden gibt es tolle Beispiele, wie die Zukunft aussehen kann. Die Heulsusen, Dauerbremser und selbsternannten Datenschützer mögen bitte leise in ihr analoges Tränenmeer weinen, meint Christian Erhardt.

Ich habe meine erste digitale Gemeinderatssitzung überlebt. Zunächst lief alles gut, aber ihr werdet nicht glauben, was dann geschah". Mit diesen Worten begann Florian Kling, frisch gewählter Bürgermeister von Calw, Ende April einen längeren Erfahrungsbericht auf Twitter. Die Kurzvariante: Beim nächsten Mal wünscht sich Kling einen Techniker an seiner Seite und will einen Test mit allen Gemeinderäten vor der eigentlichen Sitzung durchführen. Ach ja, und er flucht über das eingesetzte Videokonferenzsystem Webex und will stattdessen lieber Zoom nutzen. Und schon war er wieder da, der unvermeidliche Shitstorm im Netz. Alles unsicher und die Plattform dieses StartUp-Unternehmens ginge ja gar nicht. Und dann wird wieder auf die Lösungen der Datenriesen wie Microsoft verwiesen. Übrigens von den gleichen Datenschützern, die im selben Atemzug das tränenreiche Klagelied über die „bösen Großkonzerne im Netz" anstimmen, die das Internet dominieren und alle anderen „kaputt machen". Fazit: „Lass es lieber bleiben, unsere schönen Strukturen, unsere bewährten Lösungen, die gute alte Zeit, wir wollen das alles behalten." Wenn´s hart auf hart kommt, wird noch schnell ein Hirnforscher zitiert, der uns erklärt, dass das lange Anstarren eines Bildschirms sowieso nicht gesund sei. Willkommen im Land der Dichter und Heulsusen.

Macher wie Florian Kling schmeißt ein solch analoges Tränenmeer glücklicherweise nicht aus der Bahn. „Ich werde weiter auf solche Chancen setzen" sagt er gegenüber KOMMUNAL und ist damit nicht alleine. Auch Marian Schreier, Bürgermeister in Tengen bei Konstanz, setzt auf die digitale Zukunft. Nachdem Ende März wegen Corona der städtische Bürgerempfang ausfallen musste, verlegte er seine Bürgerversammlung kurzerhand ins Netz. Mehr als 120 Bürger wählen sich bei der Premiere ein, neben der Videosession gibt es auch einen Livestream bei Facebook und eine Übertragung auf Instagram. Untermauert mit einer Präsentation, geht er auf die aktuellen kommunalpolitischen Themen ein und beantwortet die Fragen der Bürger.

Als wir bei KOMMUNAL über die Aktion online berichteten, dauerte es nicht lang, bis der erste Leser bemängelt, dass solche Formate auf dem Land wegen fehlender Bandbreiten ja nicht möglich seien. Stimmt schon, was aber erstaunlich ist: Haben Sie schon mal ein Wahlprogramm einer Partei gesehen, in der nicht an jeder erdenklichen und noch so absurden Stelle lauthals nach „Glasfaser" geschrien wird? Und dann kommen wieder die Denker und Thinktanks dieser Republik und schwärmen von Estland, einer digitalen Verwaltung und einer Digitalisierung der Schulen. Natürlich nicht, ohne den Föderalismus für alle Probleme verantwortlich zu machen, weshalb man dann nach der nächsten Wahl mal „grundsätzlich ran müsse".

Nach der Wahl wird die Diskussion dann abgelöst von konsumkritischen Gedanken à la: „Wollen wir unseren Kindern wirklich Verkaufsplattformen von Megakonzernen wie Apple in die Hand drücken?". Und überhaupt, die Bücherwand ist schon auch ein Wert an sich, soll der Nachwuchs das alles erst mal lesen. Und dann muss auch noch jemand alle Straßen und Vorgärten aufreißen für die ganzen Netze. Unbezahlbar, gerade jetzt in Coronazeiten.
5 G als Alternative? Auweia! Geht gar nicht! Die angebliche Gefahr durch Strahlung von Handymasten ist zwar wissenschaftlich widerlegt, aber die Bürgerproteste dagegen, wo uns der Bürgerwille doch so wichtig ist. Nee, ist klar, vielleicht doch noch mal eine Studienreise nach Estland?

Für die Kommunalen sind solche Theorie-Reisen überflüssig, hier sind die Mutigen längst mit der Umsetzung in der Praxis beschäftigt. Wenn man sie denn machen lässt. Das zeigt sich etwa in Hohen Neuendorf in Brandenburg. Auch dort hat Bürgermeister Steffen Apelt seine regelmäßigen Stadtgespräche einfach ins Netz verlegt. Mit großem Erfolg, übrigens wieder per Zoom-Meeting. Einfach, weil die Bürger hierfür keine umständlichen Programme herunterladen müssen oder gar Lizenzen benötigen. Barrierefrei heißt der Schlüssel zum Erfolg. Umständliche technische Lösungen sperren viele Bürger aus, es kommt auf die Praxistauglichkeit an. Und datenschutzrelevante Inhalte werden in öffentlichen Stadtgesprächen ohnehin nicht veröffentlicht.

Den Turbo in Sachen Videoplattform hat derweil die Stadt Bühl eingelegt. Sie hat eine eigene Plattform für Vereine und Verbände, aber auch für alle Bürger geschaffen. Jeder, der ein Handy oder einen Computer hat, kann über seinen Browser auf die Seite der Stadtverwaltung gehen. Von dort kann er eine sichere Videokonferenz starten, ohne irgendwelche zusätzlichen umständlichen Programme installieren zu müssen. So kann jeder mit nur einem Klick ein eigenes Gespräch starten und eigene Räume einrichten. Die Stadt garantiert somit meine digitale Sicherheit. Nicht zuletzt ein riesiger Imagegewinn.

SO wird Zukunft gemacht! Wir brauchen mehr mutige „Kampfsusen" statt wehleidiger Heulsusen!

FOTOS/123RF

Soforthilfeprogramm für Bibliotheken

Mit 1,5 Millionen Euro unterstützt der Bund ein Soforthilfeprgramm für Büchereien im ländlichen Raum. Gefördert werden unter anderem Maßnahmen zur Verbesserung der digitalen Ausstattung und zur Umsetzung zeitgemäßer Konzepte. Für eine Maßnahme können bis zu 25.000 Euro beantragt werden. Bewerben können sich Büchereien mit einer Mindestöffnungszeit von sechs Stunden pro Woche in Städten und Gemeinden bis maximal 20.000 Einwohner sowie Fahrbibliotheken im ländlichen Raum.

Alle Informationen gibt es unter **https://kommunal.de/15-millionen-euro-fuer-moderne-bibliotheken-im-laendlichen-raum**

Falschmeldungen über **5 G-Masten**

Deutsche Sicherheitsbehörden warnen vor möglichen Anschlägen auf Funkmasten in Kommunen. Hintergrund sind Falschmeldungen, wonach die Masten des neuen Mobilfunkstandards 5 G für die Verbreitung des Coronavirus verantwortlich sind. In Großbritannien, aber auch in unseren Nachbarländern, wie etwa den Niederlanden, gab es daraufhin mehrere Hundert Anschläge auf entsprechende Mobilfunkmasten. Wissenschaftler und Experten klären immer wieder auf, dass es keinen Zusammenhang zwischen dem neuen Mobilfunk und Corona geben kann. Der Protest gegen die Masten und die Bedenken nehmen in Kommunen auch in Deutschland dennoch zu. Erste Gemeinden haben sich schon zu „5 G-freien Zonen“ erklärt. KOMMUNAL widmet der Zukunft des Mobilfunks und der möglichen Strahlengefahr sowie der Diskussion um die Masten in Kommunen in der nächsten Ausgabe daher eine ausführliche Reportage. „Angst vor 5 G – was Kommunen tun können“ in Ausgabe 07 von KOMMUNAL.

Warum Ältere **keine Unterstützung wollen**

Hilfe? Nein Danke! Viele Hilfsorganisationen machen in Zeiten der Coronakrise die Erfahrung, dass diejenigen, denen sie helfen wollen, keine Hilfe annehmen wollen. Diese Erfahrung haben uns auch zahlreiche Kommunen mitgeteilt. Die Beobachtung deckt sich auch mit denen der Körber-Stiftung aus Hamburg. In einem KOMMUNAL-Gastbeitrag haben die Autoren die Situation beleuchtet und die Gründe formuliert.

Den Beitrag finden Sie bei uns im Netz unter: **www.kommunal.de/corona-senioren**

FOTO / 123RF, Adobe Stock, privat

Treffpunkt für Fans
facebook.com/kommunal.magazin

E-Mail an die Redaktion
redaktion@kommunal.de

Abo und mehr
kommunal.de/leserservice

Twittern, was uns bewegt
twitter.com/KOMMUNALaktuell

Newsletter bestellen
kommunal.de/newsletter/kommunal

News zu jeder Zeit
www.kommunal.de

Ticket für die **Fußgängerzone?**

Der Zugang zur Fußgängerzone und zu Geschäften soll künftig über digitale Tickets begrenzt werden. Diesen Vorschlag hat der Industrie- und Handelskammertag gemacht. So soll vor allem an Wochenenden aus Sicht des Verbandes gewährleistet werden, dass die Innenstädte nicht zu voll sind. Das sei eine sinnvolle Maßnahme etwa im Rahmen des Schutzes vor Corona. Die Kommunenvertreter lehnten den Vorschlag unisono ab.

Alle Hintergründe und Reaktionen finden Sie bei uns online unter: **www.kommunal.de/fussgängerzone-nur-mit-ticket-kommunen**

Studie zur **Windkraft an Land**

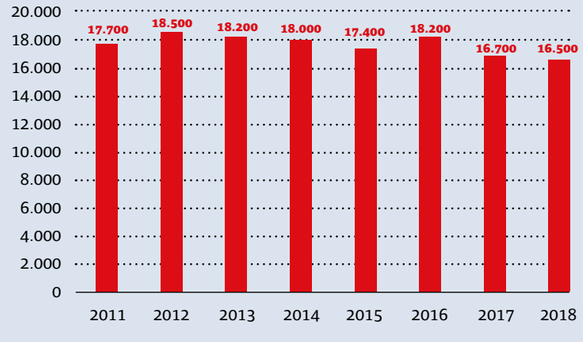
Die Agentur für Erneuerbare Energien hat eine neue Akzeptanzstudie zur Windenergie an Land veröffentlicht. Die Studie kommt zu der Schlussfolgerung, dass es auf kommunaler Ebene kein Allheilmittel gibt, um die Unterstützung der Bürger für die Energiewende zu gewinnen. Wichtiger sei, wie die Menschen beteiligt werden. Die Zustimmung in der Bevölkerung für den Ausbau der Windenergie an Land ist nach den Autoren der Studie immer noch hoch. Vor allem Windenergie in Bürgerhand ist nach Ansicht der Autoren demnach ein Erfolgsmodell.

Die Studie mit kommunalen Praxisbeispielen finden Sie online unter: **www.unendlich-viel-energie.de**

„87% halten neue Schulden für Rettungspakete für richtig. Hier zeigt sich eine gewisse Schizophrenie. Man erwartet eine solide Haushaltsführung. Aber man hat nichts dagegen, wenn es mal nicht so solide zugeht.“

Forsa-Chef
Manfred Güllner

KAPAZITÄTEN DER **KOMMUNALEN GESUNDHEITSÄMTER**



QUELLE / Statistisches Bundesamt

610.000

Kilometer in der Bundesrepublik Deutschland sind kommunale Straßen. Der Bund kommt dagegen nur auf 52.000 km, die Länder auf 86.000 km.

QUELLE / Stat. Bundesamt

CORONA-AKTUELL
Fake-News beherrschen
Seite 18

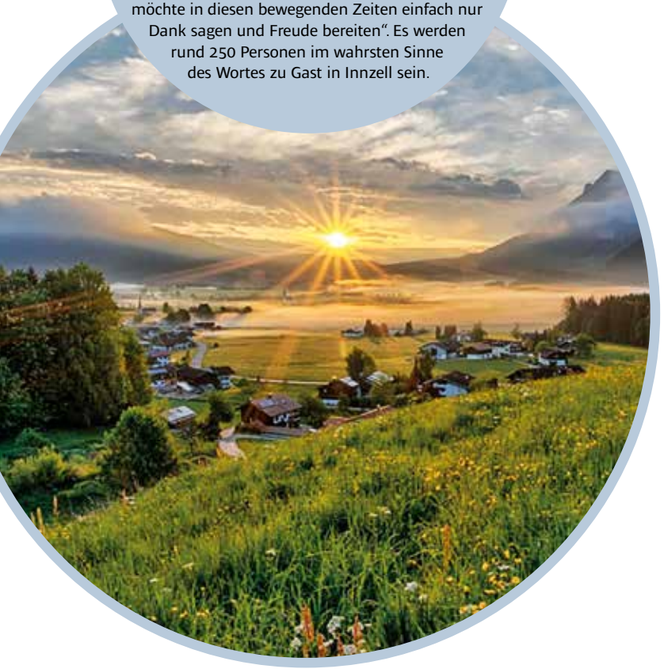
EXKLUSIVE STUDIE
Familienfreundlichste Städte Deutschlands
Seite 22

CORONA-HELDEN! ZEIT FÜR MACHER

Die Kommunen haben sich in der Corona-Krise tolle Aktionen einfallen lassen. Sie beweisen damit, dass sie sich nicht unterkriegen lassen- und dass alle in schwierigen Zeiten zusammenhalten. Unser Bild zeigt eine Kinderaktion in der 11.000-Einwohner-Gemeinde Remchingen im Schwarzwald. Dort sollten Kinder eine Heldenfigur malen, die „die Welt noch nicht gesehen hat". KOMMUNAL stellt Ihnen auf den nächsten Seiten weitere gelungene Aktionen vor!

INZELL LÄDT CORONA-HELDEN ZU URLAUB EIN

Das oberbayerische Inzell lädt „Corona-Helden“ zu einem siebentägigen Gratis- Urlaub ein, sobald dies wieder möglich ist. Der beliebte Urlaubsort will damit Rettungskräfte, Pfleger und Krankenschwestern für ihr Engagement in der Corona-Krise belohnen. Etwa 60 Gastgeber haben sich bereit erklärt, eine Ferienwohnung bis zu vier Personen kostenlos zu stellen. Meldeschluss war der 30. April. Die Helden können ihre Familien mitbringen, verspricht Tourismuschef Gerhard Steinbacher. "Die Gemeinde möchte in diesen bewegenden Zeiten einfach nur Dank sagen und Freude bereiten“. Es werden rund 250 Personen im wahrsten Sinne des Wortes zu Gast in Innzell sein.



WHATS-APP-GRUPPEN FÜR JEDEN ORTSTEIL

Das Amt Niemegk in Brandenburg hat ein lokales Hilfs- und Kommunikations-Netzwerk gegründet. „Niemegk hilft sich“ ist eine Kooperation aus Familienzentrum, Kirche und Amtsverwaltung. Freiwillige Helfer kümmern sich um täglich anfallende Erledigungen wie Einkäufe und Botengänge. Zusätzlich stellt das Netzwerk Informationsketten in Form von WhatsApp-Gruppen für jeden Ortsteil bereit. Interessierte Bürger haben die Möglichkeit, diesen Gruppen beizutreten, um wichtige Informationen direkt per Nachricht auf das Smartphone zu erhalten.

TRANSPORT FÜR LOKALE HÄNDLER NEU ORGANISIERT

Eine nachhaltige Idee auch für die Zeit nach Corona: In Schweinfurt haben die Einzelhändler beschlossen, dem Onlinehandel Paroli zu bieten. Sie beweisen damit: Der Einzelhandel kann schnell liefern, denn er ist ja vor Ort. Mehrere Unternehmen starteten einen Same-day-delivery-Service. Das Prinzip: Der Logistikdienstleister Schäflein aus Röthlein liefert nach Auftrag durch den Händler per Fahrradkurier und Lieferwagen die Waren bis 500 Kilogramm noch am selben Tag. IT-Spezialisten aus Volkach stellen dafür ihre Softwarelösung kostenlos zur Verfügung. Die Wirtschaftsförderung der Stadt Schweinfurt unterstützt die Aktion über eine Koordinierungsstelle in den Räumen im Coworking- und Kreativzentrum „FirstFloor“.

FOTOS: Inzeller Touristik GmbH, 123RF, Stadt Schweinfurt, Stadt Waldkirchen, VfL Wolfsburg, Stadt Aachen / Stefan Herrmann

WOLFSBURGER HELFEN

In einer gemeinsamen Aktion bieten die Jugendförderung der Stadt Wolfsburg, der Stadtjugendring und der Fußballverein VfL Wolfsburg Unterstützung. Das Angebot ist für Menschen aus den Risikogruppen gedacht, für Alleinerziehende mit kleinen Kindern, Schwangere, aber auch für Pflegekräfte, Ärzte, und andere Menschen, die in den Bereichen der sogenannten kritischen Infrastruktur arbeiten. Vor allem auch für Corona-Erkrankte und ältere Menschen, die ganz praktische Hilfe brauchen. Über die eingerichtete Hotline können sich Helfer und Hilfesuchende melden. Ob einkaufen gehen, Botengänge erledigen oder mit dem Hund raus gehen – die Koordinierungsstelle vermittelt.

HILFSPLATTFORM „HERZ FÜR MEIN WALDKIRCHEN“

Der niederbayerische Luftkurort Waldkirchen hat unter www.meinwaldkirchen.de einen virtuellen Treffpunkt für die Bewohner geschaffen. Die Stadtverwaltung fordert die Bürger auf: „Schaut rein und schreibt uns, wir freuen uns über eure Geschichten rund um diese schwere Zeit.“ Die Waldkirchner können ihre Lieblingsorte mit einem Gutscheinkauf unterstützen- ob Restaurants, Geschäfte oder Restaurants, Hilfsangebote selbst platzieren und finden. Das Motto: „Gemeinsam für ein starkes Waldkirchen! Wir alle lieben es hier zu wohnen. Jetzt ist es an der Zeit, diese Heimatliebe aktiv zu zeigen.“

DER MUSIKALISCHE APPELL

Polizei und Feuerwehr in Aachen haben sich für eine ganz besondere Aktion zusammengetan. Gemeinsam mit dem „singenden Kommissar“ Oliver Schmitt interpretieren sie das Lied „Immer wieder geht die Sonne auf“ von Udo Jürgens neu. Der Song, während der Kontaktbeschränkungen auf den Straßen über Lautsprecher übertragen, rührt die Aachener und beschert den Akteuren für ihr Projekt „mit Herz und fürs Herz“ großen Applaus. Mit ihrer Botschaft möchte die Initiative „zusammen“ an das „Wir-Gefühl“ der Stadtbewohner appellieren. Denn Solidarität und Nachbarschaftshilfe sind in diesen Tagen besonders gefragt.

Link zum Video:
https://youtu.be/GruM4cQ2VYw

ZEBRASTREIFEN BESONDERER ART

Aufklären, positiv motivieren und machen statt reden: Im südhessischen Eschwege im Werra-Meißner-Kreis erinnern bunte rotleuchtende Aufkleber auf der Straße die Passanten daran, dass das Spazierengehen in und um die Stadt „mit Abstand am schönsten ist“. Bürgermeister Alexander Heppe freut sich darüber, dass die Aktion, die der Baubetriebshof umgesetzt hat, gut ankommt. Die vorgefertigten Straßenaufkleber „Auf Dich kommt`s an! Abstand halten #coronavirus“ wurden an 30 Stellen angebracht, an denen besonders viele Fußgänger, Jogger, Radfahrer und Inline-Skater unterwegs sind.

KLOPAPIER MIT STADTLOGO-AUFDRUCK

Taunussteiner Klopapier – ein Aprilscherz der südhessischen Stadt verhilft der Tafel für Hilfsbedürftige in Corona-Zeiten zu einer beträchtlichen Spende. Mit dem Antragsformular "WC 38 a", so versprach die Stadtverwaltung auf ihrer Homepage, sollten die Bürger nach Hamsterkäufen rar gewordenes Klopapier bestellen können. Weil der Gag so gut ankam, hat die Verwaltung in Taunusstein daraus eine gelungene Hilfsaktion gemacht: Sie verkauft 3.000 Klopapierrollen mit dem Taunussteiner Stadt-Logo für je mindestens 5 Euro. Der beeindruckende Erlös für die Tafel: Über 27.000 Euro.

LIEFERSERVICE FÜR BILDUNG UND KULTUR

Im Kulturbereich mussten wegen Corona ganze Einrichtungen schließen, also kam es in Hattingen zu kreativen Lösungen: Die Stadtbibliothek rief einen Bestellservice ins Leben. Medien werden bestellt und dann umweltfreundlich per Fahrrad von Kurieren ausgeliefert. Möglich wurde das durch eine Kooperation mit dem Allgemeinen Deutschen Fahrradclub (ADFC) Hattingen. Auch die Musikschule Hattingen bietet neue, digitale Alternativen zum herkömmlichen Unterricht an, zum Beispiel Tipps per Skype oder Lehrvideos auf der Homepage. Bürgermeister Dirk Glaser freut sich: „Durch diese kreativen Ideen bleibt ein Stück Normalität in Hattingen erhalten.“

FOTOS: Baubetriebshof Eschwege, Stadt Taunusstein, Stadt Hattingen

APP „WOHIN DU WILLST“

MIT PUSHNACHRICHTEN IN DER KRISE KOMMUNIZIEREN

Wie können Kreise und Kommunen in der Coronakrise schnell und unmittelbar informieren? Wie erfahren Bürgerinnen und Bürger in Echtzeit, dass das Gesundheitsamt eine Hotline geschaltet hat, welche Kitas aktuell Plätze für die Notbetreuung anbieten und wann der Tierpark wieder öffnet? Die App „Wohin Du willst“ von DB Regio Bus hilft. Denn sie ist nicht nur Mobilitätsplattform, sondern auch Kommunikationskanal zur Bevölkerung.

Doppelter Nutzen

„Wohin Du willst“ von DB Regio Bus bringt Mobilität und Kommunikation im ländlichen Raum unter einen Hut. Als Verbindungsauskunft für den Nahverkehr mit integrierter Echtzeit-Anzeige des Fahrverlaufs macht die App den ÖPNV attraktiv und senkt die Zugangsschwelle. Den Kreisen und Kommunen bietet sie zudem einen direkten Draht zur Bevölkerung: „Wohin Du willst“ beinhaltet die Möglichkeit, jederzeit Pushnachrichten an alle Nutzer der Region zu verschicken.

Um Nachrichten einzusteuern, stellt DB Regio Bus eine Online-Schnittstelle zur Verfügung. In der Nutzung der App als Kommunikationskanal sind die Kreise und Kommunen also völlig autonom und flexibel. Zudem bietet DB Regio Bus an, den optischen Auftritt durch Farben und Bilder zu individualisieren. So wird sofort sichtbar, dass es sich um ein Angebot aus der Region für die Region handelt. „In der Coronakrise ist für uns die zügige Weitergabe von Informationen an die Bevölkerung sehr wichtig. Gerade auch bei den Mobilitätsangeboten gibt es hier oft tagesaktuell wichtige Änderungen“, sagt Thomas Bold, Landrat des Landkreises Bad Kissingen. „Über die App ‚Wohin du Willst‘ können wir diese Informationen unmittelbar als Pushmeldung auf Smartphone oder Tablet der Bürgerinnen und Bürger senden. Das hat sich hervorragend bewährt."

Basisversion kostenlos

Das Design der App wurde mehrfach ausgezeichnet. Bei Google Play und im App Store von Apple steht „Wohin Du willst“ zum Gratisdownload zur Verfügung. Den Kreisen und Kommunen entstehen in der Basisversion ebenfalls keine Kosten. Mit den vier Zusatzmodulen „Preisauskunft“, „Bedarfsverkehre“, „Mitfahrgelegenheiten“ und „Points of Interest“ können sie die App zur umfassenden regionalen Mobilitäts- und Kommunikationsplattform ausbauen.

Die Nachrichtenfunktion ist bereits in der Basisversion enthalten – und selbstverständlich nicht nur in Ausnahmesituationen wertvoll: Wenn die Coronakrise ausgestanden ist, stoßen Einladungen zu Volksfesten, Messen und Kulturevents mit Sicherheit auf große Resonanz.

MEHR INFORMATIONEN

Website: **www.wohin-du-willst.de**

Kontakt: **Dominik Seitz, DB Regio Bus, Innovative Verkehrskonzepte**

dominik.d.seitz@deutschebahn.com

CORONA-FOLGEN

WIE WEITER **NACH DER KRISE?**

Eine Erkenntnis aus der Corona-Krise muss heißen: „Die Kommunen müssen in ihrer Selbstverwaltung gestärkt werden“, meint der Bürgermeister von Abensburg und Präsident des Städte- und Gemeindebundes, Uwe Brandl, im KOMMUNAL-Gastbeitrag.

Was wir aktuell erleben, betrifft die gesamte Menschheit, jedes einzelne Gesellschaftssystem in einem Ausmaß, das, bezogen auf die medizinische Brisanz, geschichtlich nur mit der Pest oder der Spanischen Grippe verglichen werden kann. Dass sich die Zahlen mit schweren und tödlichen Verläufen völlig anders verhalten als in anderen Ländern, ist neben guten und richtigen Weichenstellungen durch die Politik vielen Faktoren geschuldet. Einer sozial verantwortlich agierenden, im Kern trotz der Herausforderungen stabilen Wirtschaft, einem Gesundheitssystem, dass sich sehr flexibel, kompetent und engagiert um Lösungen bemüht. Gut ausgebildetem und hoch motiviertem Personal, aber auch einer Administration ‚die in der Lage ist, mit extremen seismischen Systemeruptionen fertig zu werden. Damit sind wir bei der systemrelevanten Rolle der Kommunen als unmittelbare Bindeglieder zwischen der großen Politik und den Menschen angekommen.

Eine aktuelle forsa-Umfrage, die bei über 2.000 teilnehmenden Bürgermeistern durchaus als repräsentativ bezeichnet werden kann, stellt fest, dass 79 % der befragten Kommunen nicht mit einem Notfallplan gerüstet waren. Auch wenn sich manche an diesem objektiven Ergebnis stören mögen: Fakt bleibt, dass niemand ernsthaft behaupten kann, genau und passend auf diese Epidemie vorbereitet gewesen zu sein. Umgekehrt ist festzuhalten, dass die kommunale Ebene einmal mehr ihre Handlungsfähigkeit und Schlagkraft unter Beweis gestellt hat und der befürchtete Kollaps der öffentlichen Verwaltung und ihrer Annexsysteme ausblieb.

LINK ZUM THEMA

Den kompletten Kommentar von Uwe Brandl finden Sie bei uns im Netz unter **www.kommunal.de/corona-brandl-kommentar**

Der erste Blick galt zunächst der Sicherung der Gesundheit der Mitarbeiter bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung des Betriebes. Home Office war plötzlich ein Weg aus der Krise, wobei auch hier gilt, dass wir selbst in diesen Zeiten oft an den Grenzen unseres Vermögens scheiterten. Bewusst unseres Vermögens, denn am Können liegt es zwischenzeitlich dank der enormen Anstrengungen der vergangenen Jahre nicht mehr. Größere und schnelle Lösungen scheitern meist an überzogenen Datenschutzvorstellungen oder an den kleinkrämerischen Erbsenzählereien mancher Juristen, für die Krisenmodus ein Fremdwort ist. Da wurden Wertstoffhöfe und Zulassungsstellen einfach dicht gemacht, ohne über kontaktlose Alternativen nachzudenken. Verwaltung wird dann schwierig, wenn das „machen wir wie gehabt“ faktisch nicht mehr funktioniert und die Kreativität durch langjährige Adaptionsphasen, den alten Trott um jeden Preis beizubehalten, verkümmert oder gar abtrainiert ist.

Intensiv diskutieren wird das Ob und Wie eines Wiedereinstiegs in eine geordnete Beschulung. Leider müssen wir feststellen, dass die Szenarien, die hierfür auf Landesebene entwickelt werden, in vielen Fällen nicht mit den Kommunen besprochen oder erarbeitet werden. Schichtweiser Unterricht, verteilt über den ganzen Tag, mag für die Großstadt, in der sich der ÖPNV sozusagen im Fünf-Minutentakt die Klinke in die Hand gibt, ein probater Ansatz sein. Aber in den peripheren Räumen führt das zu einem enormen organisatorischen Aufwand unter erheblichem Zeitdruck. Wenn die Kommunen das regeln sollen, muss auch für sie ein Krisenmodus gelten. Schnelle, straffe Entscheidungsstrukturen, klare Finanzierungszusagen, Verzicht auf Ausschreibungen, breites Entscheidungsermessen. Schule muss also notwendig anders als bisher organisiert werden. Digitaler Unterricht ist einfach mehr als die E-Mail mit neuen Hausaufgaben.

Bei realistischer Einschätzung ist mit erheblichen Mindereinnahmen bei Gewerbe- und Einkommensteuer zu rechnen. Zu den aktuell noch funktionierenden Wirtschaftszweigen zählt das Bau- und Baunebengewerbe. Einer der Hauptnachfrager der Bauindustrie ist der öffentliche Sektor. Es wird notwendig sein, in der laufenden Krise nicht alle geplanten Maßnahmen im Eindruck der verschlechterten Kassenlage zu stoppen, sondern ein vernünftiges Mittelmaß zwischen Investitionssicherheit und Solidität zu üben.
Kommunen sind auch als Hort des Kulturlebens wichtige Partner und Geldgeber für Agenturen, Künstler, Gewerbetreibende, Schausteller. Ein wirtschaftlich spürbarer Beitrag für die Betroffenen wäre es, wenn die Kommunen in der Lage wären, die für 2020 vereinbarten Verträge und Engagements ohne neuerliche Ausschreibung auf 2021 verlegen zu können. Das beinhaltet zumindest die konkrete und feste Aussicht auf eine Einnahme zu einem späteren Zeitpunkt und würde dem Schausteller-Gewerbe erheblich helfen.

Wie es in den Kommunen weitergeht, wird nicht einheitlich zu beantworten sein. Sicher lässt sich annehmen, dass sich die Schere zwischen wirtschaftlich starken und schwachen Kommunen noch weiter öffnen wird. Fest steht, dass sich alle Staatsebenen rechtzeitig und intensiv über das „Danach“ vereinbaren müssen. Dabei wird neben der Frage, in welchem Umfang Finanzmittel benötigt werden und woher diese Mittel kommen, einmal mehr das Thema der Gleichwertigkeit im Raum stehen müssen.

Fest steht, die Kommunen sind mehr denn je systemrelevant für unsere Gesellschaft und den Staat. Auf die Gebietskörperschaften kommen aktuell und künftig ungeahnte neue Herausforderungen zu, die sie im Interesse der Bürger und eines sozial verantwortlichen Miteinander lösen müssen. Auch hier ist die unterste staatliche Ebene einmal mehr zum Erfolg verdammt.

UWE BRANDL ist seit 1993 Bürgermeister der Stadt Abensberg und seit 2017 Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. Neben kommunalpolitischen Fachbüchern veröffentlichte er auch einen Band mit Geschichten für „große und kleine Kinder“.

FOTOS: privat

SONDERVERÖFFENTLICHUNG

CWS cws.com

Stoffhandtuchspender in den Kommunen – sicher hygienisch

Wenn die ganze Welt von einer Gesundheitskrise beherrscht wird, sind es die systemrelevanten Bereiche, die ganze Nationen tragen. Auch Behörden müssen arbeitsfähig bleiben. Für die Aufrechterhaltung der Funktionen von Städten und Kommunen ist eine Hygiene-Strategie existenziell. Im Fokus steht dabei auch die Händehygiene, die wirkungsvoll vor Infektionen schützt.

In vielen Waschräumen sind Stoffhandtuchspender für Einmalhandtücher installiert, die auch vor dem Hintergrund der aktuellen Corona-Situation für eine hygienische Händetrocknung empfehlenswert sind und bleiben.

Eine CWS Stoffhandtuchrolle enthält rund 110 hygienische Handtuchportionen für die einmalige Nutzung. Alle Portionen werden einzeln ausgegeben und nach der Verwendung sofort eingezogen. Ein 2-Kammern-System mit Kontaminationsbarriere in den Spendern trennt strikt frische und benutzte Handtuchabschnitte. Die Retraktivtechnik der Geräte sorgt dafür, dass jede Portion sowie das Ende der Stoffbahn automatisch eingezogen werden. Somit kann kein Abschnitt der rund 30 Meter langen Rolle mehrfach benutzt werden.

Retraktivspender der Firma CWS erfüllen die Anforderungen der Hygiene- und Infektionsprävention. Das bestätigen auch renommierte Experten wie das Robert Koch-Instituts (RKI), die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BzgA) und das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe.

KONTAKT

CWS-boco Deutschland GmbH
Dreieich Plaza 1A
63303 Dreieich
06103 309-0

cws.com

CORONA-TIPPS

FAKE-NEWS BEHERRSCHEN

Einmal in der Welt lassen sie sich nur noch schwer eindämmen – Fake-News. Gute Kommunikation im Vorfeld ist wichtig – doch was tun, wenn sie schon im Ort kursieren? Wie Kommunen mit Falschmeldungen umgehen können.

TEXT / Christian Erhardt

Fake-News sind nicht erst seit dem Ausbruch der Corona-Krise ein Problem für deutsche Kommunen. Falschmeldungen verbreiten sich immer häufiger und immer schneller über die sozialen Medien. Jüngst etwa wurde behauptet, die neuen 5 G-Funkmasten seien für die Ausbreitung des Coronavirus verantwortlich. In halb Europa standen daraufhin Hunderte Funkantennen in Kommunen in Flammen. Aktuell auch immer wieder die Behauptung, sämtliche Supermärkte müssten bald schließen. Hamsterkäufe waren die Folge. Der häufigste Verbreitungsweg: Messenger wie Whats App und Facebook-Gruppen, oft auch lokale Ortsgruppen.

Als wichtigstes Rezept gegen solche Meldungen gilt Aufklärung. So sagt etwa die Bürgermeisterin von Steinfurt, Claudia Bögl-Hoyer, gegenüber KOMMUNAL, dass sie grundsätzlich versucht, auf Meldungen etwa in sozialen Netzwerken mit vertrauenswürdigen Links und sachlichen Informationen gegenzusteuern. Sie war zu Gast im KOMMUNAL-Podcast zum Thema Falschmeldungen. Im Gespräch erzählte sie auch, dass ihre private Handynummer schon seit Amtsantritt öffentlich bekannt ist und sie Nachrichten, die dort eingehen, grundsätzlich nicht vom Team im Rathaus bearbeiten lässt, sondern auf jede Nachricht persönlich antwortet. „Das schafft Vertrauen, so kann ich gezielt und persönlich reagieren“, so Bögl-Hoyer. Den Podcast können Sie in unserer Audiothek auf der Homepage komplett nachhören.

Doch nicht alles lässt sich persönlich beantworten. Schwer wird es vor allem in geschlossenen Gruppen in den Sozialen Diensten. So gibt es zu fast allen Städten und Gemeinden inzwischen bei Facebook geschlossene Ortsgruppen. In den Gruppen und Chats – auch Whats App ist gerade in kleinen Gemeinden eine beliebte Plattform des Austausches über das Gemeindeleben – verbreiten sich unkontrolliert Gerüchte und Fake-News. Der Empfänger kann den Ursprung meist nicht nachvollziehen. Oft sind sie gespickt mit vermeintlich sicheren und seriösen Quellen, wie etwa „Forscher haben festgestellt… Ärzte warnen…“ und so weiter. Der genaue Absender bleibt unklar.

UNSERE PODCAST-SERIE FINDEN SIE HIER:

Kommunen tun gut daran, in diesen sogenannten „Dark Social“, also den geschlossenen Gruppen, ebenfalls aktiv zu sein und hier aktiv gegenzusteuern. Verweisen Sie dabei in Ihrer Argumentation unbedingt immer auf offizielle Seiten. Die Gesundheitsämter, die Seiten der Landkreise und der Bundesländer sind seriöse Quellen, denen Ihre Bürger vertrauen. Weitere gute Seiten für Verweise sind das Bundesministerium für Gesundheit, das Robert Koch-Institut oder die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung.

Stellen Sie darüber hinaus an jeder Stelle Links zu Ihrem Landkreis, zu den Nachbargemeinden und zu Ihrem Bundesland her. Diese Seiten sind vertrauenswürdig und werden von Bürgern als solche auch anerkannt.

Auch und gerade in den Gruppen bei Whats App und Facebook sollten Mitarbeiter der Verwaltung, Fraktionsvorsitzende des Gemeindeparlaments und andere „öffentliche Gruppen“ stets ihr Ohr haben. Weisen Sie sofort auf Falschmeldungen hin, sobald diese auftauchen. Je schneller Sie gegensteuern, desto weniger wird sich die Information verbreiten. Klären Sie über Fake News ganz allgemein auf. Gerade junge Menschen sind nicht immer dafür sensibilisiert.

Zudem gilt: Seien Sie auch als Kommunalpolitiker, Mitarbeiter der Verwaltung und erst recht als Kommune sehr vorsichtig damit, Informationen zu teilen. Denn selbst eine geteilte Meldung, die Sie als „nicht gesichert“ teilen, verbreitet sich auf diese Weise weiter.

Seien Sie skeptisch, wenn Informationen vage oder unvollständig sind. Weisen Sie umgehend in Gruppen und auf Ihrer Homepage darauf hin, wenn Informationen unklare Autoren haben, sprich: Die Herkunft der Information nicht eindeutig geklärt ist. Wer ist der angebliche Experte wirklich, der zitiert wird? Gleiches gilt für unklare Quellen und Zitate, bei denen nicht gesichert ist, wer sie wirklich gesagt hat.

Konzentrieren Sie sich bei ihrer eigenen Informationspolitik auf Seiten und Kanäle, die als vertrauenswürdig bekannt sind. Die Zusammenarbeit mit den lokalen Medien ist gerade im Zusammenhang mit Corona extrem wichtig. Claudia Bögl-Hoyer etwa hat mit dem Chefredakteur ihrer Lokalzeitung gleich zu Beginn der Krise ein tägliches Telefonat vereinbart. „So halten wir uns auf dem Laufenden, und wenn es mal nichts Neues gibt, wünscht man sich halt nur kurz einen schönen Tag“, so Bögl-Hoyer.

In geschlossenen Gruppen achten Sie darauf, wer die Administratoren sind. Schreiben Sie diese gegebenenfalls direkt an und versuchen Sie sich mit diesen zu vernetzen. Vor allem aber: Leiten Sie Meldungen mit unklarem Wahrheitsgehalt niemals weiter – auch nicht an Kollegen oder Freunde. Zu guter Letzt sollten Sie alle Inhalte, die Ihnen verdächtig vorkommen, unbedingt sofort melden. Facebook, Google und andere Dienste bieten auf ihren Plattformen die Möglichkeit, Inhalte nicht nur rund um das Thema Corona zu melden.

Jedes Dementi und jede Meldung, die zusätzlich zu Ihnen auch von anderen anerkannten Vereinen, Gruppen, Schulen, Ämtern verbreitet wird, hilft!

„Ich telefoniere täglich mit unserer Lokalzeitung. So halten wir uns auf dem Laufenden, **und wenn es mal nichts Neues gibt, wünschen wir uns halt nur kurz einen schönen Tag.“**

Claudia Bögl-Hoyer, Bürgermeisterin Steinfurt

FOTOS: 123RF, privat

POLITIK & RECHT

CORONA-PANDEMIE

TIPPS FÜR DIE **KRISENKOMMUNIKATION**

Der Umgang mit Medien fällt vielen Mandatsträgern und leitenden Verwaltungsmitarbeitern schwer. Ein falsches Wort, eine falsche Entscheidung – und schon kann so ziemlich jeden die Krise erwischen. Oft wird die Krise zur Katastrophe, weil die Betroffenen gegenüber den Medien nicht erfahren sind. Christian Erhardt gibt acht Tipps, wie Sie Fehler vermeiden können!

1

Nichts als die reine Wahrheit!
Stellen Sie sich schon vor dem Interview die fünf journalistischen W-Fragen. Also: Was habe ich wann, wo, mit wem und warum getan? Machen Sie sich dazu vorab ruhig einige Notizen. Machen Sie sich außerdem klar, welche Hauptbotschaft Sie vermitteln wollen. Wenn Sie nicht wirklich völlig unschuldig sind, gibt es nur eine Lösung: Farbe bekennen! Versuchen Sie gar nicht erst, etwas zu vertuschen. Das klappt nie!

2

Mit einer Stimme sprechen!
Gerade in Zeiten sozialer Medien ist es wichtig, dass Sie auf den unterschiedlichen Kanälen nicht mit verschiedenen Botschaften unterwegs sind. Dabei hilft es, vorher die erwarteten Fragen zu sammeln und darauf Antworten vorzuformulieren.

3

Mut zum Live-Interview!
Morgenstund hat Gold im Mund. Im Radio ist der frühe Morgen die beste Sendezeit. Gehen Sie ins Studio, auch wenn Sie bei einem Telefoninterview länger schlafen könnten. Aber bringen Sie keine Handzettel mit ganzen Sätzen mit, die Sie dann ablesen. Bleiben Sie locker. Frühes Radiowort wirkt am Tag noch lange fort. Beim Fernsehen hingegen ist der Abend die wichtigste Zeit. Wichtig: Brezeln Sie sich nicht zu sehr auf, korrekte Kleidung ja, klimpernder Schmuck oder riesige Ohrringe sind aber tabu.

4

Botschaften einfach und verständlich machen!
Denken Sie daran, dass Sie in der Krisensituation erst mal in der Defensive sind und reagieren müssen. Umso wichtiger ist es, dass Sie schnell das Zepter des Handelns wieder in der Hand halten. Dazu gehört vor allem, die Dinge nicht schön zu reden oder zu verschleiern. Einfache, klare Botschaften und eine einfache und klare Sprache ohne Fremdwörter helfen!

5

Online Ruhe bewahren!
In den sozialen Medien ist dabei sein alles. Ohne geht es kaum noch. Das heißt aber nicht, dass Sie auf alles reagieren müssen. So erfahren Sie, was die digitale Welt bewegt ohne selbst ins Visier der Postings oder Tweets zu geraten. Erreicht Sie doch mal ein Shitstorm: Nicht noch einmal reagieren oder versuchen, das verkorkste Posting zu rechtfertigen. Dann wird den Wort-Stürmern bald langweilig und der verbale Tsunami ebbt schnell wieder ab. Bitte das Posting auch nicht nachträglich löschen, das macht Sie noch angreifbarer.

6

An die eigenen Mitarbeiter denken!
Eine der wichtigsten Zielgruppen ist Ihr eigenes Rathaus/Ihre eigenen Mitarbeiter. Sie brauchen als Anhaltspunkte eine klare Sprachregelung, die Sie authentisch vermitteln können, wenn Sie in Ihrem Umfeld auf die Krise angesprochen werden. Dabei brauchen Sie möglichst einen kleinen Informationsvorsprung vor anderen Gruppen.

7

Pressekonferenzen professionell gestalten!
Lassen Sie Ihre Pressekonferenzen moderieren, etwa vom Pressesprecher oder einer Person Ihres Vertrauens, nicht aber von einem Mitarbeiter oder Ihrem Anwalt. Sie dürfen dafür auch einen Journalisten „einkaufen“. Sorgen Sie für geballtes Sachwissen an Ihrer Seite, lassen Sie die Fachleute bei Fachfragen antworten, auch wenn Sie die Antwort selbst wissen. Und: Lesen Sie niemals aus vorgefertigten Pressemitteilungen vor!

8

Lassen Sie anderen Personen den Vortritt!
Führungskräfte sind super, wenn es um das Führen geht, aber nicht die besten Gesprächspartner vor Mikrofon und Kamera. Gerade bei länger dauernden Ereignissen (etwa Hochwasser) ist es besser, wenn diejenigen, die die Arbeit machen, in der Zeitung zitiert werden. Das wirkt glaubwürdiger und sympathischer. Das zehnte Interview mit der immer gleichen Person ist für Medien und Leser ohnehin langweilig. Sie setzen sich dem Verdacht aus, immer das Gleiche zu erzählen, um etwas zu verheimlichen.

Diese und weitere Tipps werden ausführlich in „Kleines Handbuch der Krisenkommunikation“ beschrieben. Es ist im Kleikamp-Verlag erschienen und kostet 7,95 Euro.

Sie können es über diesen Link direkt bestellen: **wwww.kommunal.de/handbuch-der-krisenkommunikation/bestellen**

EXKLUSIVE STUDIE

DIE **FAMILIENFREUNDLICHSTEN STÄDTE** DEUTSCHLANDS

Welche Städte sind besonders attraktiv für Familien? Welche bieten Eltern und Kindern die besten Rahmenbedingungen? Eine exklusive Studie für KOMMUNAL zeigt: Vorne liegen zahlreiche ländliche Regionen, wie Henner Lüttich, Geschäftsführer des Standortanalysetools Contor, für uns exklusiv ermittelt hat.

Sie sollen im Kindergarten gefördert werden, in der Schule viel lernen, nachmittags sicher wieder nach Hause kommen und viele Entfaltungsmöglichkeiten haben – Eltern wünschen sich das beste Umfeld für ihre Kinder. Doch wo finden sie das? Viele Jahre galten nur Ballungsräume, Metropolen und Großstädte als lebenswerte Wohnorte. Nicht nur hippe Youngster, Singles auf der Suche nach dem ultimativen Lebenskick oder Angestellte multinationaler Großkonzerne zog es in die Großstädte, auch auf Familien oder Paare mit Familienwunsch übten Metropolen ihre Sogwirkung aus. Denn oftmals galten Klein- und Mittelstädte als uncool, die eine schlechte Infrastruktur und kaum Bildungsmöglichkeiten aufweisen und damit keine Zukunftschancen haben. Mittlerweile hat sich diese Sichtweise ein wenig relativiert. Denn was nutzt die Infrastruktur eines Ballungsraums, wenn sie marode oder verstopft ist und man Zielorte nur verspätet und mit Schwierigkeiten erreicht? Was nutzt der Wunschort Großstadt, wenn dort Wohnraum gar nicht erst zur Verfügung steht oder nur zu Preisen, die insbesondere für Familien nur noch schwer zu tragen sind?

Henner Lüttich ist Geschäftsführer bei CONTOR und fertigt Standortanalysen für internationale Unternehmen und Kommunen an.

Vielleicht bieten sich Klein- und Mittelstädte doch als lebenswerte Alternativen für Familien an? Wir als Standortanalysetool haben daher exklusiv mit KOMMUNAL 585 deutsche Mittelstädte auf ihre Familienfreundlichkeit untersucht. Der Fokus lag dabei auf Städten mit Einwohnerzahlen zwischen 20.000 und 75.000 Menschen.

Dafür haben wir zunächst einmal die Faktoren bestimmt, die Städte und Gemeinden attraktiv für Familien machen. So soll zum Beispiel die Einwohnerzahl möglichst wachsen oder zumindest relativ hohe Geburtenziffern aufweisen, weil diese darauf hinweisen, dass es einen hohen Familienanteil gibt und sich auch andere Familien im Ort wohlfühlen. Eine steigende Bevölkerungszahl deutet darauf hin, dass die Stadt als attraktiv wahrgenommen wird und deswegen mehr Menschen anzieht. Des Weiteren muss auch die Verkehrsinfrastruktur ausreichend sein, damit die Einwohner auch andere Städte und Regionen gut und schnell erreichen können. Insbesondere für Familien spielt die finanzielle Sicherheit eine große Rolle. Deshalb soll die Wahrscheinlichkeit, von Arbeitslosigkeit und Insolvenzen bedroht zu werden, möglichst gering sein. Die Region sollte einen gewissen Wohlstand bieten oder sich in positive Richtung bewegen. Im Vergleich mit anderen Städten und Regionen sollte viel Wohnraum zur Verfügung stehen und dies zu vertretbaren Preisen, die sich Eltern auch leisten können. Möglichst wenige Kinder und Jugendliche sollten die Schule abbrechen und die Stadt sollte starke Erziehungs-, Unterrichts- und Bildungsmöglichkeiten bieten. Schließlich sollen die Kinder später auf eigenen Beinen stehen und einen guten Job ergattern und das funktioniert besonders gut mit einer guten Ausbildung.

Nur: Welche Städte sind nun besonders geeignet für Familien? Ein Blick auf unsere Karte zeigt, dass insbesondere die kleinen und mittelgroßen Städte im Zentrum sowie im Süden besonders gut abschneiden. So brauchen Familien keine Angst zu haben, in mittleren Städten abgehängt zu werden und ihren Kindern keine Bildungs-, Entwicklungs- und Zukunftschancen geben zu können. Im Gegenteil bieten wahrscheinlich viele kleinere und eher ländlich geprägte Städte vernünftige Verkehrsanbindungen, eine größere soziale Balance, ausreichenden und bezahlbaren Wohnraum und sehr gute Erziehungs- und Bildungschancen. Dabei sind die Unterschiede natürlich groß und jede Stadt bietet ihre eigenen individuellen Vor- und Nachteile. Am Beispiel von Passau auf Rang 1 zeigt sich, wieso manche Städte so positiv abschneiden: Passau hat eine positive Bevölkerungsentwicklung erfahren, jedoch leben relativ wenige junge Menschen in Passau. Die Verkehrsanbindungen sind hervorragend, die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen überdurchschnittlich gut, auch Wohnraum scheint vergleichsweise ausreichend vorhanden zu sein, wenn auch zu eher durchschnittlichen Preisen. Während die Zahl der Schulabbrecher im Landkreis nur sehr leicht unter dem Durchschnitt liegt, bietet die Stadt mit einem hohen Anteil an Beschäftigten im Bereich Erziehung und Unterricht den Familien wahrscheinlich gute Bildungschancen.

Sie wollen wissen, auf welchem Rang Ihre Stadt liegt und mit welchen individuellen Faktoren Ihre Kommune besonders punktet ? Dann rufen Sie die komplette Studie auf unter:
www.kommunal.de/studie-familien-ranking

FOTO / Adobe Stock, privat

DAS SIND DIE 50 FAMILIENFREUNDLICHSTEN STÄDTE:

21. Glauchau
22. Limburg a.d. Lahn
23. Bautzen
24. Meißen
25. Laupheim
26. Schweinfurt
27. Schwäbisch Hall
28. Schifferstadt
29. Schwandorf
30: Gummersbach
31. Cloppenburg
32. Weilheim i. OB
33. Plauen
34. Buchholz in der Nordheide
35. Deggendorf
36. Biberach an der Riß
37. Herzogenaurach
38. Kleinmachnow
39. Mössingen
40. Offenburg
41. Rottweil
42. Winsen (Luhe)
43. Stade
44. Traunreut
45. Öhringen
46. Emmendingen
47. Bad Soden am Taunus
48. Tuttlingen
49. Lindau (Bodensee)
50. Pfaffenhofen a.d. Ilm

2 JAHRE DSGVO

DATENSCHUTZ IST **KEIN EINMALIGES EVENT**

Mit der Datenschutzgrundverordnung vor zwei Jahren hat der Schutz persönlicher Daten in der Kommunalverwaltung eine ganz neue Dimension bekommen. Wie ist die Lage vor Ort zwei Jahre nach Einführung der DSGVO? Wir haben mit drei Experten gesprochen, die die Datenschutz-Implementierung in den Kommunen intensiv mitverfolgt und begleitet haben.

TEXT / Dorothea Walchshäusl

Regina Reitenhardt ist Geschäftsführerin der Gesellschaft für kommunalen Datenschutz mbH. Aus ihrer Sicht wird das Thema Datenschutz zunehmend spannender: „Auch der Corona-Virus und seine Folgen werden ein Impuls in Sachen Datenschutz und Informationssicherheit sein, wenn man zum Beispiel an das Thema Homeoffice oder digitales Klassenzimmer oder das Onlinezugangsgesetz denkt“, so die Expertin.

Ob große Stadt oder kleine Gemeinde: alle haben laut der Beraterin mit der Umsetzung der DSGVO zu kämpfen. Die größten Herausforderungen seien meist die Dokumentationen, die erstellt werden müssten, ebenso wie die Datenschutz-Folgenabschätzungen mit der Erforderlichkeitsprüfung und der Risikoanalyse. Das verlange Fachwissen, das der normale Behördenmitarbeiter sich erst erarbeiten müsse – sofern er die Zeit dazu hat. „Sich nebenbei in das Thema einzuarbeiten, geht gar nicht, denn der Zeitaufwand ist hoch und man muss sich ständig fortbilden. Gerade die kleineren Kommunen brauchen da personell Unterstützung“, sagt Reitenhardt. Wird der Datenschutz-Beauftrage intern besetzt, so sollte er laut Reitenhardt über langjährige Erfahrung im kommunalen Bereich verfügen und die Behördenstruktur und die Spezialgesetzgebungen im öffentlichen Dienst genau kennen, um die Anfragen der Bürger und Behördenmitarbeiter kompetent beantworten zu können.

> „Sich nebenbei in das Thema einzuarbeiten, geht gar nicht, **denn der Zeitaufwand ist hoch.“**
>
> **Regina Reitenhardt,** Geschäftsführerin der Gesellschaft für kommunalen Datenschutz

Ähnlich sieht das auch Stefan Brink, der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit in Baden-Württemberg. Eine interne Besetzung des Datenschutz-Beauftragten sei grundsätzlich natürlich wünschenswert, weil dieser wisse, was im Haus läuft und er vor Ort ansprechbar ist. In der Realität seien die Mitarbeiter aber oft nicht gut vorbereitet und fortgebildet und hätten meist diverse andere Aufgabengebiete. „Da fällt der Datenschutz oft hinten runter“, so Brink, und dann sei ein externer Beauftragter mit fachlicher Expertise die bessere Lösung. Bewährt haben sich neben dem Hauptbeauftragten zudem gut qualifizierte Mitarbeiter und Datenschutz-Koordinatoren für die einzelnen Fachbereiche.

Um zu evaluieren, wie es den Kommunen bislang ergangen ist mit der Umsetzung der DSGVO, wurden im Sommer 2019 alle 1101 Gemeinden in Baden-Württemberg aufgerufen, an einer umfangreichen Online-Umfrage zum Stand in ihrer Gemeinde teilzunehmen. Die Ergebnisse sind aufschlussreich: So ist die Umsetzung nach Erfahrung von Brink für die Kommunen in erster Linie ein Personalproblem. „Das Thema ist sehr komplex und herausfordernd“, so Brink. „Große Kommunen tun sich da definitiv leichter, sie arbeiten arbeitsteilig und haben oft bereits gewachsene Datenschutz-Strukturen“. Hinter der Personalfrage steht allerdings meist die Frage der Finanzierung. Denn, so Brink: „Das Knowhow kann man sich aneignen, das ist im Kern nicht das Problem – allerdings braucht das natürlich Zeit und man muss sich eine Beratung erstmal leisten können.“ Dies sei aber nicht zuletzt auch eine Frage der Prioritäten-Setzung. Als ein gutes Mittel, um die Kosten im Rahmen zu halten und Synergieeffekte zu nutzen, hat sich laut Brink die Kooperation von mehreren Kommunen in Sachen Datenschutz erwiesen. „Interkommunale Zusammenarbeit bewährt sich sehr, gerade für kleinere Kommunen“, so Brink. „Da wird alles leichter, man muss nicht drei Mitarbeiter auf eine Fortbildung schicken, sondern nur einen, und kann enorm von den Erfahrungswerten der anderen profitieren.“

Ein besonders heikles Thema in Sachen Datenschutz ist die Nutzung sozialer Medien wie Facebook, Twitter oder Whatsapp für kommunale Zwecke. Dabei seien direktdemokratische Elemente und der Datenschutz zwar per se kein Widerspruch, aber durchaus ein Balanceakt, wie Brink sagt. Im Gegensatz zur Homepage, zur Bürgersprechstunde oder zum Emailverkehr bewertet Brink die Nutzung der gängigen sozialen Medien aktuell als problematisch. „Eine Kommune, die

> **„Interkommunale Zusammenarbeit bewährt sich sehr, gerade für kleinere Kommunen.** Man kann enorm von den Erfahrungswerten der anderen profitieren.“
>
> **Stefan Brink,** Landesbeauftragter für den Datenschutz Baden-Württemberg

FOTOS /GKDS Bayern , LfDI BW, 123RF

Facebook hat, akzeptiert, dass sie einen Dienstleister nutzt, der die Rechte der Bürger verletzt“, so Brink klar. Die Kommunen müssten Verantwortung für ihre Öffentlichkeitsarbeit übernehmen und nicht nur den Reiz der großen Verbreitung sehen, sondern auch die Gefährdung der Bürger.
Wie bei nahezu allen kommunalen Themen ist auch beim Datenschutz entscheidend, mit welcher Haltung der Bürgermeister hinter der Umsetzung steht. „Man merkt ganz deutlich, ob hier eine Affinität zum Thema vorliegt“, so Brink, und je motivierter der Gemeindeleiter, desto erfolgreicher auch die Verankerung der DSGVO in der Verwaltung. Dabei habe das Thema Datenschutz ja erst einmal einen recht technischen und bürokratischen Beigeschmack. Es dürfe aber auf keinen Fall in Vergessenheit geraten: „Datenschutz ist vor allem ein Freiheits- und Bürgerrechtsthema! Dabei geht es nicht nur um Verwaltung der Bürger, sondern um respektvolle Bürgernähe, um Transparenz und Bürgerfreundlichkeit. Die Leitung ist gefragt, für Offenheit zu sorgen. Dies ist natürlich mit viel Arbeit verbunden, aber es bewährt sich“.

Datenschutz ist nicht nur ein technisches Thema – aber auch. Ein Experte für die konkrete Umsetzung der DSGVO in den Verwaltungen ist Stefan Eigler, der bei der i-sec GmbH des TÜV Rheinland arbeitet und regelmäßig kommunale Betriebe bei einer „gleichermaßen effizienten wie sinnvollen Implementierung“ unterstützt. Zwar laute die grundsätzliche Anforderung, die nach dem aktuellen Stand der Technik notwendigen Schutzmaßnahmen zu treffen, aber gerade bei kleineren Gemeinden ginge das oft über die Budgetgrenzen hinaus. „Eine Firewall für einen fünfstelligen Betrag ist gerade für kleinere Kommunen oft nicht machbar finanziell“, so Eigler. Allerdings gelte immer das Gebot der Verhältnismäßigkeit: „Die Maßnahmen müssen in Relation zum Schutzzweck liegen und das ist durchaus leistbar“. Letztlich gehe es immer um die Frage, mit welchem Aufwand die Daten verschlüsselt werden müssten, so Eigler, und das sei je nach Bereich sehr unterschiedlich. Ein großes Thema ist hier angesichts von regelmäßigen Angriffen die Cyber-Security. „Das ist ein kontinuierlicher Wettlauf, der alle betrifft, die das Internet nutzen und vernetzt arbeiten“, so Eigler.

FOTO/123RF

LINK ZUM THEMA

Genaue Ergebnisse der Datenschutz-Umfrage unter den baden-württembergischen Kommunen hier:

www.baden-wuerttemberg.datenschutz.de/gemeinden-umfrage/

Grundsätzlich ist die Sensibilisierung für den Datenschutz nach Eiglers Erfahrung mit Einführung der DSGVO deutlich gestiegen. „Das Thema Datenschutz ist sichtbarer geworden, es wird genauer hingeschaut und die Betroffenenrechte werden kommuniziert und deutlich ausdifferenziert“. Letztlich ist laut Eigler wichtig zu verstehen, dass der Schutz der Daten ein kontinuierlich fordernder Prozess ist: „Datenschutz ist kein einmaliges Event. Es macht keinen Sinn, sich einmal um den Datenschutz zu kümmern und sich dann wieder beruhigt zurück zu lehnen, sondern man muss ständig dran bleiben. Aber es geht auch nicht darum, irgendwelche Angstszenarien zu entwickeln. Wenn man als Kommune für einen vernünftigen Datenschutz gesorgt hat, hat man eine gute strukturelle Basis für die IT-Sicherheit und dann geht es vor allem darum, Schritt zu halten mit den sich ständig verändernden Faktoren“.

SONDERVERÖFFENTLICHUNG

Deka Institutionell

MASSGESCHNEIDERTES INVESTMENT FÜR KOMMUNEN

Die Deka zeigt auf, wie Kommunen auch in Zeiten der Corona-Pandemie und bei anhaltendem Niedrigzinsumfeld ihre Anlagestrategie gestalten können.

Die aktuelle Situation ist eine besondere Herausforderung für Kommunen. Da ist einerseits die Unsicherheit, was die finanzielle Ausstattung für die kommenden Jahre angeht, da sind zudem die Unsicherheiten, wie sich die Einnahmesituation entwickeln wird. Entsprechend flexibel müssen Kommunen reagieren können. Die ihnen anvertrauten Gelder müssen sie in rechtlich zulässigen Anlageoptionen zum Wohle der Bürger und zur Sicherung der Umsetzbarkeit der künftigen kommunalen Aufgaben anlegen. Dabei spielen die Aspekte der Sozial- und Umweltverträglichkeit des ausgewählten Konzepts eine wichtige Rolle bei der Anlage der öffentlichen Gelder. Die Deka verwaltet (Stand: 31. März 2020) in kundenindividuellen Pool- und Spezialfonds Anlagen von Kommunen und kommunalen Unternehmen in einer Höhe von rund 1,2 Milliarden Euro. Zusätzlich beträgt das Fondsvolumen des Publikumsfonds Deka-Nachhaltigkeit Kommunal circa 710 Millionen Euro. Es wurde seit der Auflage am 17. Juni 2002 an die Gemeindehaushaltsverordnung von Baden-Württemberg angelehnt und ist explizit für kommunale Anleger konzipiert.

Die grundlegende Gemeinsamkeit dieser Fonds bildet unser quantitatives Anlagekonzept. Diesem liegt seit Jahrzehnten ein bewährter modularer Ansatz zugrunde, der es ermöglicht, einerseits an positiven Marktentwicklungen zu partizipieren und andererseits durch einen starken Fokus auf ein aktives Risikomanagement in Krisenphasen Verluste stark zu begrenzen. Der modulare Aufbau führt nicht nur bei der Bestimmung eines Anlageuniversums, sondern auch bei dem zweistufigen Nachhaltigkeitsprozess zu einem hohen Maß an Flexibilität für die Kunden. Die Deka berücksichtigt Unterschiede in den jeweiligen Haushaltsverordnungen. Die finanziellen Möglichkeiten und die Risikotoleranz der Kommunen können mit diesem Konzept vollumfänglich berücksichtigt werden. Das gilt ebenso für das Thema Nachhaltigkeit, das immer stärker in den Fokus der Anleger rückt. Mit dem bewährten Anlagekonzept bietet die Deka somit eine passgenaue Lösung für den sicherheitsbewussten und nachhaltigen kommunalen Anleger.

FOTO/DEKA

Holger Stiebeling
ist Leiter Öffentlicher Sektor / Non Profit.

MEHR INFORMATIONEN
holger.stiebeling@deka.de
(0 69) 7147 58 98

POLITIK & RECHT

KOMMUNALAUFSICHT

GEMEINDERÄTE SOLLTEN **VERBAL ABRÜSTEN**

Wenn die Kommunalaufsicht die Sitzungen des Gemeinderates führen muss – ein Gespräch mit dem Juristen Matthias Dombert über sinkende Gestaltungsspielräume und die Verrechtlichung der Kommunalpolitik.

KOMMUNAL. Herr Dombert, Sie leiten in einer Brandenburger Gemeinde im Moment die Sitzungen des Gemeinderates. Warum?
Matthias Dombert: Die Kommunalaufsicht hat Anlass gehabt, an der Amtsausübung des ehrenamtlichen Bürgermeisters Zweifel zu haben, weil Rechtmäßigkeitsanforderungen nicht gewahrt worden sind. Die eigentlichen Gründe unterliegen dem Gebot der Verschwiegenheit. Aber wenn man weiß, dass so etwas erst nach ganz erheblichen Rechtsverstößen geschieht, kann man sich vorstellen, dass es dafür mehrere Anlässe gab.

Passiert so etwas denn häufiger?
Es fällt auf, dass sich die Kommunalpolitik verändert hat. Sie ist komplizierter geworden. Die Verrechtlichung ist vorangeschritten. Ein Gemeindevertreter muss sich vom Baurecht bis zum Sozialrecht mit sehr komplexen Sachverhalten auseinandersetzen. In dem Maße, wie der Staat sich verrechtlicht, und seine Kommunen in den Dienst nimmt, wird aber der Gestaltungsspielraum geringer. Das schafft Frust und sorgt dafür, dass die Verantwortung zunehmend bei den Hauptamtlichen gesucht wird. Und: Das Streben nach Vereinfachung ist auch auf einen Ruf nach vereinfachten Lösungen zurückzuführen. Dass ein Gemeindevertreter haftungsrechtlich ein ehrenamtlicher Beamter ist, heißt: Er hat sich nach Recht und Gesetz zu verhalten. In dem Maße, in dem er dagegen verstößt, kommt es eben zur Beauftragung externer Beauftragten.

Was sind denn die häufigsten Probleme, weswegen externe Beauftragte eingesetzt werden?
Es gibt eine Gruppe von Fällen, da haben sich Gemeindevertretung und hauptamtliche Verwaltung so zerstritten, dass ein fremder Dritter als Streitschlichter auftreten muss, um für rechtmäßige Zustände zu sorgen. Es gibt auch Konstellationen, da versucht der Hauptverwaltungsbeamte Kommunalpolitik allein mit dem Gesetzbuch unter dem Arm zu machen. Es braucht dazu aber auch Dialog. Ich selbst bin jetzt zum zweiten Mal in meinem Anwaltsleben Beauftragter. Und ein Partner aus meiner Kanzlei verwaltet derzeit ein ganzes Amt…

Matthias Dombert ist Professor der Rechtswissenschaften. Er hat Jura in Bonn und Münster studiert und betreibt heute in Potsdam eine auf öffentliches Recht spezialisierte Anwaltskanzlei.

FOTO/ privat, 123RF

Nehmen solche Fälle zu?
Ich kann das nicht repräsentativ darstellen. Aber wir kennen auch über Brandenburg hinaus Fälle, wo die Kommunalaufsicht Amtshaftungsansprüche auch gegen ehrenamtliche Gemeindevertreter prüfen ließ. Und wenn Sie dann noch sehen, dass sich Bürgermeister und Kommunalpolitiker immer öfter gegen Beleidigungen und Bedrohungen im Netz wehren müssen, dann stelle ich das schon in einen Zusammenhang mit meinen Beobachtungen…

Und Sie kommen daraus zu welchem Schluss?
Wir müssen uns noch einmal auf die Kommunalpolitik rückbesinnen. Es geht hier nicht um dogmatisierte, gesellschaftspolitische Gestaltung, sondern um die Lösung praktischer Probleme vor Ort und das gesellschaftliche Miteinander. Wir müssen dringend verbal abrüsten und uns im Klaren darüber sein, dass eine Gemeindevertretung kein Parlament ist. Wenn in der Lokalpresse von „Kommunalparlament“ und „Abgeordneten“ und „Mehrheitsfraktion“ die Rede ist, dann sind das Begriffe, die da fehlplatziert sind. Parlamente und Abgeordnete haben wir nur in Bundestag und Landtag. Gemeindevertretungen sind kein Parlament, sondern ein Organ der Selbstverwaltungskörperschaft.

Wie müsste es denn aussehen, damit es funktioniert?
Wenn die Kommunen nicht richtig ausgestattet werden, nehmen sie das Geld aus dem Topf für die Selbstverwaltung. Es gibt Kommunen, die den Geburtstagsstrauß streichen müssen, oder die die Straßenbeleuchtung ausschalten. Der Selbstverwaltungscharakter wird immer geringer. In manchen Kommunen sind 97 Prozent des Haushalts für staatliche Aufgaben vorgesehen. Da ist nichts mit Mitbestimmung, nichts mit „Freiem Mandat“. Die Gestaltungsspielräume der Gemeinderäte werden immer geringer. Das ist die Ursache für die Unzufriedenheit und die Probleme, die wir vielerorts haben.

Was sind die Symptome dafür, dass irgendwo Probleme drohen? Woran merkt man, dass ein Bevollmächtigter nötig wird?
Es ist vor allem das Ausmaß der Beanstandungen durch die Kommunalaufsicht. Um ein fiktives, und natürlich völlig aus der Luft gegriffenes Beispiel zu nennen: Ein Bürgermeister darf nicht am 23. Dezember oder am Freitag Abend um 22:30 Uhr zu einer Sitzung einladen. Es gibt immer Anzeichen. Irgendwann sagt dann die Kommunalaufsicht, es ist genug, und beginnt eine Frist zu setzen. Wieder ein völlig fiktives Beispiel: Wenn der Winterdienst geregelt werden muss, alle Verträge fertig sind, aber die Gemeindevertretung im Winter nicht vorankommt – dann braucht man eben irgendwann einen Externen.

Wie ist es denn mit der Qualifikation der Gemeindevertreter und Bürgermeister?
Der Bundesgerichtshof ist da ganz strikt: Jeder, der am Tisch einer Gemeindevertretung sitzt, hat die dafür nötigen Kenntnisse mitzubringen. Es ist nicht möglich, die Folgen von Unwissenheit auf die Bürger abzuwälzen. Und da leiden wir natürlich unter dem Problem, dass wir keine Leute mehr finden. Aber da, wo ich hinkomme – auch als Anwalt, der viele Gemeinden berät – sehe ich oft, dass ganz viel Publikum im Saal sitzt. Das erfüllt mich durchaus mit Freude – es wäre nur schön, wenn das auch eine Entsprechung in der Bereitschaft fände, sich auch selbst politisch einzubringen.

Das Interview führte Benjamin Lassiwe

DIGITAL TOTAL

NIEMALS WAR **MEHR ANFANG ALS JETZT**

Brauchen wir das alles wirklich zum Überleben oder kann das weg? Die Coronakrise ist der Anfang einer riesigen Chance zur Veränderung unseres Wirtschaftssystems, meint Gastautorin Ilona Benz.

Ein ganzes Land hält den Atem an. Restaurants, Einzelhändler, Fitnessstudios, Frisöre, Schwimmbäder, Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen blieben geschlossen. Verkehrsbetriebe schränkten den Bahn- und Busverkehr, Airlines den Flugverkehr ein. Kultur wurde nicht mehr im Theater oder im Museum, sondern im Netz angeboten. Der Studienbetrieb an Hochschulen und Universitäten war ausgesetzt. Auf öffentlichen Plätzen wehten Absperrbänder. Menschen horteten Lebensmittel und schränkten ihre sozialen Kontakte ein. Keine gemeinsamen Barbesuche mehr nach Feierabend, kein gemeinsamer Sport im Verein, keine Kinobesuche, nicht einmal mehr der Besuch der Großeltern war erlaubt. Social Distancing war angesagt und erlaubt nur noch, was zum Leben unbedingt erforderlich ist.

Situationen, die uns vor wenigen Monaten nur als Szenen in endzeitlichen TV-Serien oder Katastrophenfilmen begegneten, finden plötzlich vor unserer Haustür statt. Es mag daher seltsam anmuten, in dieser Situation eine große Chance für die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft und unserer Wirtschaft erkennen zu wollen. Trotzdem gibt es sie. Es wird eine Zeit nach Corona geben und wir werden uns in einer Phase noch nie da gewesener Gestaltungsfreiheit befinden. Wenn eine Wirtschaft runterfährt und die Menschen auf alles außerhalb der lebensnotwendigen Bereiche verzichten, liegt darin auch ein Funke des Neuanfangs. Ein neuer Anfang für Wirtschaft und Gesellschaft jenseits des Märchens vom Wohlstand für alle durch ewiges Wirtschaftswachstum. Derzeit erleben wir an vielen Stellen, was eine Gesellschaft wirklich ausmacht: gegenseitige Unterstützung, Rücksichtnahme und Solidarität. Wir erledigen Einkäufe für Ältere, drehen Lernvideos für das Homeschooling, wir hacken gegen das Virus, spenden und verzichten auf jahrelange, lieb gewonnene Gewohnheiten, die nun für andere lebensbedrohlich werden können. Jeder, der kann, bringt sich für das Gemeinwohl ein. Besser kann sich Demokratie kaum ausdrücken. Und plötzlich erscheint der Rückblick auf das Leben in der Konsumgesellschaft fast schon absurd. Wozu immer mehr Konsum und noch mehr Wachstum, wenn uns das in Krisenzeiten nicht nur nicht hilft, sondern auch noch in die nächste (Klima)Krise führt? Corona könnte nur ein leiser Vorgeschmack auf das sein, was in großen Schritten auf uns zu kommt. Viele große Denker und kluge Köpfe haben Vorschläge für einen umfassenden Umbau unseres Wirtschaftssystems vorgelegt. Die Zeit ist reif, diese Vorschläge aus den Schubladen herauszuholen und sie als ernsthafte Alternative zu dem bisherigen „weiter so“ in Betracht zu ziehen. Nie war mehr Anfang als jetzt (Walt Whitman).

ILONA BENZ
ist Leiterin der Stabsstelle Digitalisierung beim Gemeindetag Baden-Württemberg. Die Autorin ist per E-Mail an **ilona.benz@gemeindetag-bw.de** zu erreichen.

FOTO/privat, 123RF

KRISENMANAGEMENT
So funktionieren Pandemiepläne
Seite 40

NAHVERSORGUNG
So retten Kommunen den Einzelhandel
Seite 44

KATASTROPHENSCHUTZ

WIE KOMMUNEN KRITISCHE **INFRASTRUKTUREN** SCHÜTZEN

Ein kompletter Blackout der Stromnetze ist wohl die größte Gefahr, der sich Städte und Gemeinden immer wieder in Szenarien stellen. Gerade die Coronakrise hat jedoch gezeigt: Es gibt zahlreiche weitere kritische Infrastrukturen. Wie Kommunen sich schützen können, erklärt unser Gastautor Wolfram Geier vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz.

POLITIK & RECHT

Die Corona-Krise führt derzeit deutlich vor Augen, wie lebenswichtig unsere Kritischen Infrastrukturen (KRITIS) tatsächlich sind und wie überlebenswichtig am Beispiel des Gesundheitswesens eine gute Vorsorge ist. Der umfassende Schutz von KRITIS ist eine gemeinschaftliche Aufgabe von Bund, Ländern, Kommunen und privaten Unternehmen. Aber auch die kreisangehörigen Gemeinden haben die Aufgabe, den Schutz von Kritischen Infrastrukturen zu gewährleisten, wenn diese in ihren Zuständigkeitsbereich fallen. Gemäß der Definition in der Nationalen Strategie zum Schutz Kritischer Infrastrukturen sind KRITIS als Organisationen und Einrichtungen mit wichtiger Bedeutung für das staatliche Gemeinwesen beschrieben, bei deren Ausfall oder Beeinträchtigung nachhaltig wirkende Versorgungsengpässe, erhebliche Störungen der öffentlichen Sicherheit oder andere dramatische Folgen eintreten würden.

Nicht nur Pandemien fordern ein umfassendes Risiko- und Krisenmanagement für KRITIS, sondern auch andere Risiken und Gefahren, weswegen die KRITIS-Strategie von einem All-Gefahren-Ansatz ausgeht. Länger anhaltende Stromausfälle stehen dabei besonders stark im Vordergrund, da ein Blackout alle Infrastruktursektoren trifft und das gesamte öffentliche wie private Leben von der sicheren Verfügbarkeit von elektrischem Strom abhängt. Infrastrukturen können aber auch von singulären Ereignissen betroffen sein, etwa von extremen Wetterlagen und Starkniederschlägen, die ihre Funktionsfähigkeit massiv beeinträchtigen oder zerstören. Hinzu kommen terroristische und kriminelle Bedrohungen oder kriegerische Auseinandersetzungen. Letztere erfolgen zunehmend auch im Cyber-Raum und nehmen gezielt KRITIS ins Visier.

Wolfram Geier ist Leiter der Abteilung Risikomanagement im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe

FOTOS/Adobe Stock (2), privat

Zahlreiche Infrastrukturen sind über die verschiedenen Ebenen im öffentlichen und privatwirtschaftlichen Raum verwoben. Insofern haben Gemeinden beziehungsweise die kommunale Ebene nur einen begrenzten Einfluss auf den Schutz von KRITIS. Im Bereich der Energieversorgung bestehen starke Abhängigkeiten von meist überregional aufgestellten Energieversorgern. Dies enthebt aber die Gemeinde nicht, sich die Infrastrukturen genau anzuschauen, die unter ihrer Verantwortung vor Ort stehen und für die ein effektives Risiko- und Krisenmanagement existieren sollte. Dabei ist eine zentrale Koordinierung der Aktivitäten für den Erfolg besonders relevant.

Am Anfang muss für die Kommune immer die Bestandsaufnahme stehen. Sie beginnt mit der Frage, welche vorhandenen Infrastrukturen in der eigenen Zuständigkeit liegen. Dies können Stadtwerke, Bauhöfe, Klärwerke aber auch kommunale Verkehrsunternehmen, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen oder etwa die örtliche Feuerwehr sein. Betrachtet werden müssen aber auch Rathäuser, Schulen und Kindergärten sowie die vorhandenen Kulturgüter von Büchereien über Museen bis zu symbolträchtigen Bauwerken.

Nach der Bestandsaufnahme sollten in einer einfachen Risiko- oder Gefährdungsanalyse alle relevanten lokalen Risiken und Gefahren erfasst werden. Ist die Gemeinde zum Beispiel hochwasser- und sturzflutgefährdet, wäre genau hinzuschauen, welche Einrichtungen in potentiell gefährdeten Gebieten liegen. Bezüglich eines Blackouts wäre zu klären, welche Einrichtungen davon besonders betroffen sein könnten und zwingend über eine Notstromversorgung verfügen müssten. Und mit Blick auf einen Massenanfall von Verletzten oder infektiös Erkrankten wären die Gesundheitseinrichtungen auf ausreichende materielle und personelle Reserve-Vorhaltungen zu überprüfen. Ein generell mögliches Verfahren bietet die neue DIN SPEC „Integriertes Risikomanagement für den Schutz der Bevölkerung“.

Links zu Notfallplänen wie etwa in der Gemeinde Aglasterhausen finden Sie bei uns online unter:
www.kommunal.de/notfallplanung-bevölkerungsschutz

Während dieser Überprüfungen kann der Check erfolgen, welche notwendigen Maßnahmen bereits veranlasst wurden und welche noch zu veranlassen sind. Dies geschieht am besten mit vorgefertigten Checklisten und einem einfachen dreifarbigen Ampelsystem. Da viele KRITIS oder KRITIS-Elemente einer Gemeinde mit denen benachbarter Gemeinden oder aber überregionaler Unternehmen verbunden sein können, ist der nächste Schritt, sich dieser Abhängigkeiten und den damit verbundenen Risiken bewusst zu werden. Sich dann mit Nachbargemeinden und Unternehmen in Verbindung zu setzen, um Abhängigkeiten mit einem hohen Verletzlichkeitspotential zu identifizieren und gemeinsam das Schutzniveau durch abgestimmte Maßnahmen zu verbessern, wäre die positive Konsequenz.

Last but not least kann es hilfreich sein, externe Beratung einzuholen. In jedem Fall aber ist es sinnvoll, sich geeignete Best-Practice-Beispiele anzuschauen. Einige Beispiele zeigen, dass sie das Budget einer Kommunalverwaltung nicht überstrapazieren müssen, aber im Bedarfsfall einen großen Nutzen haben werden. So etwa die Not-

fallplanung samt Notstromversorgung für den Fall eines Blackouts der Gemeinde Aglasterhausen im Neckar-Odenwald-Kreis, die Absicherung der öffentlichen Wasserversorgung durch ein integriertes Risikomanagement im westfälischen Regierungsbezirk Detmold oder die zusätzliche Absicherung der Trinkwasserversorgung mit Notstrom in Dresden. Auch einfache Hochwasser- und Überflutungsschutzmaßnahmen können helfen, Feuer- und Rettungswachen bei Sturzflutereignissen abzusichern; zu oft sind Wachen schon selbst von Ereignissen, wie Starkregen getroffen worden. Da auch die beste Vorkehr keine hundertprozentige Sicherheit gewährleisten kann, muss auch die Bevölkerung einen Beitrag durch eine erhöhte Selbstschutz- und Selbsthilfefähigkeit leisten und sich auf einen Ausfall von KRITIS vorbereiten. Die Selbsthilfefähigkeit kann wirkungsvoll zur Schadensminderung beitragen. Die Förderung der Selbstschutz-Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung obliegt auch gem. § 5 Absatz 1 des Gesetzes über den Zivilschutz und die Katastrophenhilfe des Bundes den Gemeinden. K

DAS SIND DIE WICHTIGSTEN KRITISCHEN INFRASTRUKTUREN IN DEUTSCHLAND:

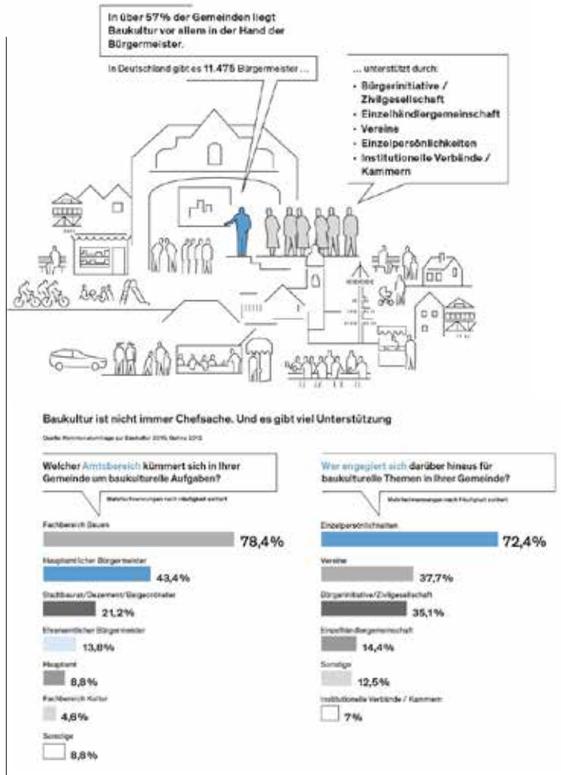
FOTOS/123RF, Adobe Stock

BAUKULTUR

BAUKULTUR ÜBERSCHREITET VERWALTUNGSGRENZEN

In vielen Verwaltungen wird Baukultur immer noch als Sonderaufgabe behandelt. Zuständig sind Stadtplanungsämter oder Denkmalschutz. Manchmal sehen die Baubeigeordneten das Thema direkt bei sich. In kleineren Gemeinden liegt es häufig auf der Bürgermeisterebene. Dabei funktioniert die Handlungsebene Baukultur dann am besten, wenn sie ressortübergreifend organisiert ist.

Für Außenstehende und Bürger ist Verwaltung eine komplizierte Angelegenheit. Der sprichwörtlich negative Kompetenzkonflikt („sind wir nicht“) macht die Suche nach Ansprechpartnern manchmal schwierig. Im Falle der Baukultur kann das zu einem Dilemma führen, wenn das Thema zu schmal und ressortbezogen gedacht wird. Da Baukultur die Summe aller menschlichen Leistungen umfasst, unsere gebauten Lebensräume zu gestalten, betrifft es alle technischen Abteilungen, alle Investitionen und einen Großteil des Betriebshaushaltes, soweit er Pflege- und Unterhaltungsmittel beinhaltet. Umgekehrt braucht es von Verwaltungsseite bereichsübergreifende Beteiligung und offene Mitwirkungsangebote. Deshalb sollten Planungs- und Bauvorhaben als Projektorganisation aufgestellt werden – um Kosten, Termine und hohe gestalterische und räumliche Qualitäten durch integrierte Prozesse zu erreichen. Das geht schon bei der Bedarfsträgerschaft der Maßnahmen durch Bund, Land oder Kommune los und muss zivilgesellschaftliche Akteure einbeziehen.



Jede bauliche Maßnahme, egal auf welcher Zuständigkeitsebene sie angesiedelt ist, hat Auswirkungen auf das Ortsbild einer Gemeinde. Jeder arbeitet in seinem System. Wenn die ungestaltete Standardlärmschutzwand mitten im Ort dann ein Ergebnis ist, sollten wir sie nicht akzeptieren, sondern gemeinsam nach der besten Lösung suchen, selbst wenn die am Anfang scheinbar etwas teurer ist.

Für den Baukulturbericht 2016/17 hat die Stiftung eine Kommunalumfrage zu den Ideengebern und Akteuren von Baukulturprojekten durchgeführt. Dabei wird deutlich: Egal ob Top-Down oder Bottom-up – erfolgreich wird ein Projekt erst durch ein Ausbalancieren beider Dynamiken. Als vor etwa zehn Jahren bundesweit über die sinnvolle Angliederung der Sozialraumorientierung nachgedacht wurde, war das Ergebnis: am besten als Stabsfunktion bei der Leitung. Ähnlich wie bei der gelebten Umwelt verhält es sich auch bei den gebauten Lebensräumen. Baukultur braucht einen zentralen Fokus und die Mitwirkung aller Bereiche.

Lesen Sie mehr auf der Webseite der Bundesstiftung und in den Baukulturberichten.

www.bundesstiftung-baukultur.de

Die Stiftung tritt als unabhängige Einrichtung für qualitätvolles Planen und Bauen ein. Sie verfolgt das Ziel, die Öffentlichkeit für die gebaute Umwelt als wesentlichen Faktor für Lebensqualität zu sensibilisieren und das Thema Baukultur in den Kommunen und Ländern zu intensivieren.

KRITISCHE INFRASTRUKTUR

SO KLAPPT **PANDEMIEMANAGEMENT**

Wenn Wirklichkeit auf Plan trifft – Dortmund hat einen Leitfaden für den Notfall erstellt. Was davon übrig beibt und was andere Kommunen daraus lernen können.

TEXT / Gudrun Mallwitz

Die Stimmung ist angespannt, als der Krisenstab der Stadt Dortmund das erste Mal tagt. Im großen Sitzungssaal des Rathauses trifft sich eine große Runde: etwa 50 Männer und Frauen aus der Verwaltung, der Feuerwehr, den Versorgungsbetrieben und den Kliniken kommen zusammen. Es ist der 27. Februar, 11 Uhr.

An jenem Donnerstag hat Dortmund noch keinen einzigen bestätigten Covid-19-Fall. Doch die Stadt will früh dran sein – und das kann sie auch. Sie ist bestens vorbereitet: Mit einem Leitfaden zur Pandemieplanung, erarbeitet vom Institut für Feuerwehr- und Rettungstechnologie. 1,5 Millionen Euro hat das Bundesforschungsministerium für das Projekt GenoPlan bereitgestellt. Von den Erfahrungen Dortmunds sollen bundesweit andere Kommunen profitieren, so die Hoffnung.

Acht Jahre hat es gedauert bis zum ersten Praxistest. KOMMUNAL will wissen: Was haben die 58 Seiten im Kampf gegen die weitere Ausbreitung des Corona-Virus der größten Stadt im Ruhrgebiet im Praxistest tatsächlich bislang gebracht?

„Der Plan ist in der Corona-Krise eine prima Grundlage für unsere Arbeit“, sagt die Leiterin des Krisenstabes, Birgit Zoerner. „An sehr vielen Stellen gehen wir danach vor.“ Alles aber lässt sich dann doch nicht übertragen. Das beginnt schon damit, dass der seit 2012 vorliegende Pandemieplan von einer Influenzapandemie ausgegangen war. Corona-Viren gab es damals zwar schon, doch niemand hätte sich damals vorstellen können, dass sie für die Menschen rund um den Erdball gefährlich werden könnten. „Wir mussten den Leitfaden daher an mehreren Stellen überarbeiten“, sagt die Krisenstableiterin.

> „Ein Krisenstab bietet die Struktur, um zielgerichtet **und zeitnah erfolgreich zu arbeiten“**
>
> **Birgit Zoerner,** Krisenstabsleiterin

Birgit Zoerner ist Dezernentin für Arbeit, Gesundheit und Soziales und hat in der 600.000-Einwohner-Stadt auch ohne Corona genügend Aufgaben, um die sie sich kümmern muss. Als Oberbürgermeister Ullrich Sierau die 59-Jährige an die Spitze des Krisenstabs berief, baute er auf eine Frau mit Erfahrung: Denn dies ist bereits ihr zweiter großer Krisenstab-Einsatz. 2015/2016 bekam Dortmund über 7.000 Flüchtlinge zugewiesen, sie sollten alle untergebracht und betreut werden. „Die Entscheidungen mussten damals in einer unglaublichen Geschwindigkeit getroffen werden“, erinnert sich die Sozialdezernentin.

Von diesen Herausforderungen hat Birgit Zoerner stark profitiert. Sie rät anderen Kommunen: „Ein Krisenstab bietet die beste Struktur, um in komplexen Lagen zielgerichtet und zeitnah erfolgreich zu arbeiten“. So setzt Dortmund auch bei „kleinen Lagen“ ein solches Gremium ein. Dortmund war auch die erste Stadt in Nordrhein-Westfalen, die diese Struktur in der Corona-Krise hochgefahren hat. „Noch deutlich vor dem ersten nachgewiesenen Covid-19-Fall in Dortmund“, wie die Krisenmanagerin betont.

Anderthalb Stunden berät der Krisenstab beim ersten Treffen mit den städtischen Kliniken. Schon damals ist die wesentliche Frage: Hat Dortmund genügend Klinikbetten, wenn immer mehr Menschen an Corona erkranken? Wie sieht es mit den Intensivbetten aus? Reichen die Beatmungsplätze aus? Inzwischen gibt es für die Krankenhaus-Koordinierung eine eigene Arbeitsgruppe, sie ist eine von zwölf, dazu kommen diverse Untergruppen. All diese Gremien bilden die Grundlage dafür, dass die Leitung fundierte Entscheidungen treffen kann.

Und es sind zahlreiche Entscheidungen zu fällen: Dortmund plant schließlich schrittweise 1.800 zusätzliche Krankenhausbetten und 200 weitere Beatmungsplätze für Corona-Patienten. Verschiebbare Operationen werden rasch runtergefahren. Die Beatmungsgeräte aus den OP-Sälen stehen so für weitere Betten zur Verfügung. Von Anfang an setzt Dortmund stark auf Corona-Tests und schafft dafür die Kapazitäten. Das Zwischenfazit der Verantwortlichen: Bisher funktionieren Notversorgung und Unterbringung der Corona-Patienten gut. Als Ziele nennt der Pandemieplan die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen, die Erkrankungs- und Sterberaten zu minimieren und die Infrastruktur sowie Sicherheit und Ordnung aufrechtzuerhalten. Wichtig auch ein zuverlässiges Informationsmanagement der Kommune. Auf ihrer Homepage hält die Stadtverwaltung die Bürger deshalb mit einem News-Ticker auf dem Laufenden, die interne Kommunikation läuft wie bei allen Kommunen stärker als sonst über digitale Wege. Denn viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind im Homeoffice.

Worin unterscheidet sich die Praxis besonders deutlich von der Theorie? Ein Beispiel: Laut Pandemieplan sollten für jeden Beschäftigen in der größten Risikogruppe, also Ärztinnen und Ärzte oder Pflegekräfte, 300 Mund-Nasen-Schutz-Masken für acht Wochen zur Verfügung stehen, dazu 2 Liter Händedesinfektionsmittel und 2 Liter Flächendesinfektion. Aber in der Realität gibt es deutschlandweit Engpässe.

Matthias Gahlen, Geschäftsführer des Krisenstabs, sagt: „Wir sind dennoch gut klargekommen. Von einer riesigen Vorratshaltung halte ich wenig, wegen der Ablaufdaten.“ Wichtig sei dagegen ein gutes Einkaufsmanagement. Gahlen ist Branddirektor und seit 44 Jahren bei der Feuerwehr. Er zieht ein positives Zwischenfazit: „Alle Beteiligten arbeiten sehr lösungsbezogen zusammen.“

Krisenmanagement kennt keinen Acht-Stunden-Tag. „Ich hatte über Wochen kein freies Wochenende“, erzählt Krisenstabsleiterin Birgit Zoerner. Ständig neue Erlasse müssen umgesetzt werden – ob es um die Ausweitung der Kindernotbetreuung geht oder um die Corona-Aufnahmeverordnung. Beklagen will sie sich aber nicht. Sie mache den Job gern, betont sie. Auch wenn mal was nicht so gut läuft. So wie letztens. An einem Sonnabend wurde überraschend eine Lieferung von Schutzmasken und Schutzanzügen angekündigt. „Wir bereiteten umgehend alles vor, standen parat, doch nichts tat sich.“ Später stellte sich heraus: ein Kommunikationsfehler. Die Schutzausrüstung kam dann eine Woche später. Fazit: Ein guter Plan ist wichtig, in der Krise zählt dann aber Flexibilität.

Das „Dortmunder U“ – Wahrzeichen der Stadt in Corona-Zeiten: Die Botschaft „Abstand Halten“ ist weit sichtbar.

DER PANDEMIEPLAN IM INTERNET

FOTO: Roland Gorecki, Dortmund Agentur, Adolf Winkelmann

IT-SICHERHEIT

SO SCHÜTZEN SICH BEHÖRDEN VOR **CYBER-KRIMINELLEN**

Die Corona-Krise wird der Digitalisierung einen enormen Schub verleihen. Gerade deshalb müssen Verwaltungen jetzt aber auf der Hut sein, wenn es um die Sicherheitsstandards geht. Tipps von Christoph Meinel, dem Direktor des Hasso-Plattner-Instituts im KOMMUNAL-Interview.

KOMMUNAL• Was ist der wichtigste Tipp gegen Cyber-Kriminelle?
Christoph Meinel: Ein wesentlicher Tipp ist: Gehe stets direkt auf die Webseite der Behörde, benutze dabei keine Suchdienste im Browser. Und: Klicke keine Links oder Anhänge in Mails von Fremden an.

Was kann die Behörde selbst tun?
Sie muss sofort misstrauisch werden, wenn der Antragsteller merkwürdige Kontonummern im Ausland angibt.

Die Corona-Krise wird der Digitalisierung einen längst fälligen Schub verpassen. Worauf müssen Kommunen achten?
Da Deutschland in diesem Bereich schlecht aufgestellt ist, besteht die Gefahr, dass bei den hastig aufgebauten digitalen Infrastrukturen und Diensten der Behörden oft zu wenig auf Sicherheit geachtet wird. Schon kleinste Fehler und Schwachstellen verhelfen Cyberkriminellen dazu, in das Behördennetzwerk einbrechen zu können. Deshalb ist ein professioneller IT-Dienstleister enorm wichtig, es muss nicht der teuerste sein, er muss nur gründlich arbeiten.

Womöglich bremst die Behörden und Mitarbeiter auch die Angst vor Sicherheitslücken.
Hundertprozentigen Schutz gibt es nicht, es gibt aber inzwischen viele gut erprobte Methoden und Systeme, um Sicherheit herzustellen und zu garantieren. Über Verschlüsselungen ist Homeoffice auch in der öffentlichen Verwaltung möglich, aber ohne Verschlüsselung fahrlässig. Eine sogenannte VPN-Verbindung bringt diese Sicherheit.

Christoph Meinel,
Direktor des Hasso-Plattner-Instituts

FOTO: HPI / Kay Herschelmann

Wie gehen Kriminelle denn vor, wenn sie Behörden schädigen wollen?
Ein Angriffspunkt ist das System aufseiten der Mitarbeiter im Home-Office. Die sollten in keinem Fall ihre privaten Rechner für sicherheitsrelevante Aufgaben nutzen. Kriminelle könnten dort Schadenssoftware installiert haben. Der zweite Angriffspunkt ist der Transportweg der Daten zum Netzwerk der Behörde. Hier muss eine verschlüsselnde VPN-Verbindung genutzt werden. Der dritte Angriffspunkt ist das IT-System der Behörde oder des Unternehmens. Daten, die von den Bürgern auf einer Website eingegeben werden, müssen geprüft werden, bevor sie in einer Datenbank abgelegt werden.

Was kann noch passieren?
Kriminelle können ganze Behörden lahmlegen, indem sie zum Beispiel so viele Anfragen stellen, dass das System zusammenbricht.

Ihre Prognose?
Die IT-Systeme werden wachsen immer weiter und kleine Fehler aus den Anfangsjahren können dann große Probleme bereiten.

Also muss mehr in die digitale Sicherheit investiert werden?
Ein eindeutiges Ja.

Das Interview führte Gudrun Mallwitz.

Warum sich Naturschutz und Gewerbeparks begegnen sollten

Seit dem 21. Februar 2020 ist Olaf Tschimpke Vorstandsmitglied der VGP-Stiftung, die 2019 von VGP gegründet wurde. Die Stiftung fokussiert sich auf drei Hauptbereiche: die Unterstützung der Ausbildung von Kindern und Jugendlichen in Not, den Schutz und Erhalt der Umwelt sowie den Schutz von europäischen Kulturgütern und Kulturstätten. Im Interview gibt der Diplom-Geograf und Vorsitzender der Internationalen Naturschutzstiftung des NABU erste Einblicke in das, was er gemeinsam mit der VGP-Stiftung vorhat.

1. Wann haben Sie das erste Mal von VGP gehört?

Das Unternehmen ist auf dem deutschen Markt ja seit 2013 aktiv, deshalb habe ich VGP schon länger wahrgenommen. Bevor in Deutschland ein Gewerbepark entsteht, und beispielsweise ein Logistikzentrum gebaut werden kann, muss eine Kommune zunächst ein Gewerbegebiet ausweisen. Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens werden die Naturschutzbehörden mit einbezogen, und auch Organisationen wie der NABU angehört.

Ist dieser Prozess einmal abgeschlossen und steht der Bebauungsplan, sind die Möglichkeiten der Einflussnahme sehr gering. Allerdings können immer Initiativen angeregt werden, was man auf einem solchen Gelände oder auf den Gebäuden machen könnte. Das ist herausfordernd, eröffnet aber auch Riesenchancen. Das Außengelände, das man nicht direkt für den Betrieb braucht, kann gestaltet werden. Erlebnisparks für Mitarbeiter sind denkbar, man kann bepflanzen und begrünen. Und Dachflächen können für Photovoltaik genutzt werden, um nur einige Beispiele zu nennen.

2. Was hat Sie veranlasst, sich als Vorstandsmitglied für die VGP-Foundation zur Verfügung zu stellen?

Es gibt sehr viele Stiftungen, die sich um soziale Themen kümmern, und das wird die VGP-Foundation auch tun. Aber im klassischen Naturschutz, wenn es darum geht, Landschaften, Tier- und Pflanzenarten zu schützen, und biologische Vielfalt zu erhalten, gibt es vergleichsweise wenig.
Deshalb betrachte ich die Entscheidung der Foundation als sehr ermutigend. Es ist gut, dass Naturschutz als zusätzliches Thema gesetzt ist.

3. Sie bringen aus Ihrer Arbeit als Vorsitzender der NABU International Naturschutzstiftung oder Foundation for Nature sehr viel Erfahrung und Fachwissen mit. Wie werden Sie das in die Arbeit der Foundation einbringen?

Ich freue mich, dass ich mithelfen kann, vernünftige Projekte zu identifizieren, und auf den Weg zu bringen. Was macht Sinn, wo kann man einen Unterschied machen? Die Foundation hat ja zum Ziel, sich ein eigenes Profil zu erarbeiten, und Projekte voranzutreiben, die eine Wirkung haben. Hier bringe ich mit der NABU International Naturschutzstiftung eine Menge Erfahrung und ein gutes Netzwerk mit. Ich sehe eine ganze Reihe von Aufgaben, die man gemeinschaftlich angehen kann. Als Beispiel nenne ich die letzten Urwälder in den Karpaten, oder den Schutz der Feuchtgebiete in der EU.

4. Haben Sie schon konkrete Projekte im Auge, die Sie der Foundation als unterstützenswert vorschlagen werden?

Wir sind derzeit in der Eruierungsphase, welche Projekte – auch aus europäischer Sicht - wir konkret als erstes angehen könnten. Der Schutz der Wälder ist wichtig, oder der Zugvögelschutz. Viele der mitteleuropäischen Zugvögel ziehen nach Afrika und verbinden zum Beispiel alle Länder, in denen VGP tätig ist. Sie ziehen entweder auf der Westroute über Spanien, auf der Mittelroute über Italien/Malta oder über die Ostroute über den Balkan/ die Türkei / Israel. Deshalb muss man insbesondere die Feuchtgebiete als wichtige Brut-, Rast- und Nahrungsgebiete schützen.
Außerdem der Schutz der Moore, die ein wichtiger Treibhausgasspeicher sind, da fallen mir zum Beispiel die baltischen Staaten ein, die große schützenswerte Moorflächen haben.

FOTO: Andreas Weiss

Olaf Tschimpke ist Vorstandsmitglied der VGP Stiftung und Vorsitzender der Internationalen Naturschutzstiftung des NABU

VGP Stiftung
Uitbreidingstraat 72
2600 Antwerpen, Belgien
+32 (0) 3 289 14 35
info@vgp-foundation.eu

DIGITALISIERUNG

PRAXISTIPPS FÜR DAS **ONLINEZUGANGSGESETZ**

Das OZG verpflichtet Kommunen, künftig alle Leistungen auch online anzubieten. Vier praktische Tipps aus dem Alltag können helfen, nicht den Überblick zu verlieren.

TEXT / Christian Erhardt

Die Zeit drängt – das Onlinezugangsgesetz, ein Bundesgesetz, verpflichtet alle Beteiligten, bis spätestens zum Ende des Jahres 2022 alle Verwaltungsleistungen auch elektronisch über Verwaltungsportale anzubieten. Das sind fast 6.000 Leistungen, die im Leistungskatalog der öffentlichen Verwaltung gelistet sind. Das klingt nach einer riesigen Zahl, allerdings lassen sich die Leistungen im Kern in 575 verschiedene Verwaltungsleistungen zusammenfassen. Trotzdem ein riesiger Berg an Arbeit, den viele Kommunen noch mit Skepsis sehen. Das Fraunhofer Institut hat Kommunen nun einen kleinen Leitfaden an die Hand gegeben, wie sie strukturiert vorgehen können. Aus dem Paket und den Empfehlungen des IT-Planungsrates der Bundesregierung haben wir vier Tipps für die praktische Umsetzung für Sie zusammengefasst.

575
verschiedene **Verwaltungsleistungen** müssen bis Ende 2022 elektronisch über Verwaltungsportale angeboten werden.

1. TAUSCHEN SIE SICH AUS!

Eigentlich ist der Tipp recht banal, weil selbstverständlich. Trotzdem gerät er in der praktischen Arbeit oft in Vergessenheit. Das Fraunhofer Institut empfiehlt, die Schwarmintelligenz der Kommunen zu nutzen. Konkret: „Telefonieren Sie sich durch und erkundigen Sie sich, ob bereits eine andere Kommune genau diese Verwaltungsleistung digitalisiert hat“, heißt es in Tipp 1. Und in der Tat existieren in vielen Gemeinden bereits Prototypen mit Verwaltungsleistungen. Nicht selten können diese Grundlage für die eigenen Systeme sein.

2. NUTZEN SIE STUDENTEN!

Natürlich sind nur die wenigsten Kommunen Universitätsstädte oder Städte mit Hochschulen. Trotzdem befinden sich häufig in der näheren Umgebung Studenten, die sich mit öffentlicher Verwaltung beschäftigen. Und die benötigen für ihr Studium fast immer Praxiserfahrung. Das Fraunhofer Institut gibt daher den Tipp: „Kostengünstige Hilfe für die Kommune von Studenten, die dafür im Austausch echte Praxiserfahrung sammeln können“. Weiter heißt es in Sachen Universitäten und Hochschulen: „Gibt es vielleicht im Umkreis eine Hochschule, die sich mit der Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung beschäftigt?“ Als Tipp gibt das Institut auch, Ausschau nach IT-Dienstleistern oder Rechenzentren in der Umgebung zu halten.

3. NUTZEN SIE IHRE EINWOHNER!

Dieser Tipp mag auf den ersten Blick einige verwundern. Denn natürlich werden Ihnen Ihre Bürger nicht die Programmierung abnehmen. Sie sind aber die Nutzer der Verwaltungsleistung. Nur, wenn die Leistungen bürgerfreundlich angeboten werden, werden sie auch erfolgreich sein. Der Tipp der Experten daher: „Sie können zum Beispiel Gespräche mit den potenziellen Nutzern durchführen – beispielsweise direkt vor Ort auf dem Bürgerbüro, wenn gerade jemand die Leistung beantragt. Oder Sie organisieren einen Workshop, in dem Sie mit den Bürgern den Prozess der Leistung durchdenken und neu entwickeln“. Dazu nennt das Institut auch ein gelungenes Praxisbeispiel der Universität Konstanz. Sie hat für die Stadt Ulm Interviews mit Experten und Nutzern zum Prozess der einfachen Meldebescheinigung durchgeführt. Aufgrund der Erfahrungen ist ein Prototyp entstanden. Informationen zu diesem Prototyp finden Sie hinter diesem Link!

4. ERSTELLEN SIE EIN FLOW-DIAGRAMM!

Auch der vierte Tipp geht klar in die Richtung, nicht zu digitalisieren nur um des Digitalisierungswillens (oder des Zwangs). Denken Sie den Prozess der Verwaltungsleistung und die Sinnhaftigkeit der bisherigen Schritte noch einmal durch – was davon macht wirklich Sinn, ins Zeitalter der Digitalisierung mitzunehmen. Es geht nicht darum, 1:1 einen analogen Prozess digital zu machen. Wörtlich schreibt das Fraunhofer-Institut dazu auf seiner Webseite: „Diese nutzerfokussierte Betrachtung des Prozesses hilft Ihnen, wichtige Schnittstellen zu identifizieren und den Prozess vielleicht sogar ganz neu zu denken. Nutzen Sie die Chance und entwickeln Sie einen besseren, und vor allem medienbruchfreien Prozess“.

FOTO / 123RF

Einen ausführlichen Umsetzungskatalog hat das Bundesinnenministerium mit dem IT-Planungsrat zusammengestellt.

Sie finden das Papier ebenso auf unserer Homepage wie einen Erfahrungsbericht aus dem Landkreis Cochem-Zell. Der Landkreis hat quasi eine Blaupause für das OZG vorgelegt.

https://kommunal.de/onlinezugangsgesetz-tipps

NAHVERSORGUNG

WIE RETTEN WIR DEN **EINZELHANDEL?**

Spätestens seit der Coronakrise sind die Deutschen zum Shoppen ins Internet ausgewichen. Für die Händler bedeutet das: Noch weniger Kunden, noch weniger Umsatz, in den Kernstädten der Kommunen droht Leerstand. Was tun?

TEXT / Christian Erhardt

Wenn Lebensmittelmärkte aber auch Ärzte und Apotheken dichtmachen, hat auch die Kommune ein Problem. Es droht Leerstand und eine Verödung der Kernstädte. Das Landratsamt Fürstenfeldbruck will mit einem spannenden Projekt dagegen angehen. Begonnen hat das Projekt vor einem Jahr, noch ist es nicht abgeschlossen. Es zeigt sich aber bereits, dass der Landkreis mit der Vorgehensweise offenbar auf dem richtigen Weg ist.

Im ersten Schritt hat der Landkreis mit den Bürgermeistern der Kommunen über die Nahversorgung gesprochen und eine Bestandsaufnahme gemacht. „Die Probleme sind individuell, in der Gemeinde Jesenwang etwa gab es eine Versorungslücke mit Obst und Gemüse“, so Rike Strohmeyer vom Regionalmanagement des Landkreises. Gemeinsam mit einem Marktforschungsinstitut haben die Verantwortlichen im zweiten Schritt einen Fragebogen zur Versorgungssituation erstellt, um die Bürger in den Gemeinden einzubinden. „So haben wir die Einschätzungen der Bürgermeister teils ergänzen können“, sagt Strohmeyer. Verteilt und wieder eingesammelt werden die Fragebögen über die jeweilige Gemeinde. Zudem hat das Landratsamt eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, die mit Experten aus dem Landratsamt aber auch externen Fachleuten besetzt ist. Sie sollen eine Bewertung der Befragung und der daraus resultierenden Ergebnisse vornehmen.

Die Auswertung der Fragebögen läuft gerade, zeitgleich recherchiert der Landkreis anhand der benannten Bedarfe gerade Lösungsansätze aus anderen vergleichbaren Kommunen. Die Ansätze sollen dann im nächsten Schritt wieder mit den Bürgermeistern besprochen werden, um sie auf die Praxistauglichkeit vor Ort hin zu überprüfen. Nach Beschluss der Maßnahmen soll mit der Umsetzung dann im kommenden Jahr begonnen werden. Ziel, so Strohmeyer, ist es, „die regionale Wertschöpfung im Landkreis zu stärken und Möglichkeiten zu finden, um die lokale und tägliche Nahversorgung im ländlichen Raum zu gewährleisten.“

FOTOS: 123RF

Wir haben sechs Tipps für Sie aufgeschrieben, die Experten für den ländlichen Raum immer wieder empfehlen:

1 ES GIBT KEINE FERTIGEN LÖSUNGEN

Ein Problem in Gemeinde A muss in Gemeinde B nicht existieren. Gerade ländliche Gemeinden sollten sehr genau darauf achten, welche Bedarfe die Bürger wirklich haben und was „nicht zu retten ist“. Wenn niemand einen Buchladen vermisst, weil es ihn zwei Orte weiter gibt, wird es auch kein erfolgreiches Konzept sein, ein Geschäft mit Büchern anzusiedeln.

2 FRAGEN SIE DIE BÜRGER DIREKT

Aktionen, wie in den Gemeinden in Fürstenfeldbruck, sind der richtige Weg. Die Bedarfe müssen nicht nur objektiv sichtbar sein, sondern auch subjektiv von den Bürgern so empfunden werden. Aber Vorsicht: „Fragen Sie Ihre Bürger zu allgemein, bekommen Sie kein wirkliches Stimmungsbild. Ein Beispiel: Auf die Frage, ob die Bürger für eine Direktwahl des Bürgermeisters sind, antworten sicher 80 % mit Ja.

An der Wahl beteiligen sich deshalb aber noch lange keine 80 %.

3 STARTEN SIE MIT EINEM PILOTPROJEKT

Natürlich muss eine Kommune immer „das Ganze“ im Blick haben. Trotzdem hat es sich bewährt, von Projekt zu Projekt vorzugehen. Lieber viele kleine Schritte als ein zu großer.

4 DENKEN SIE AN DIE PARKPLATZSITUATION

Kommunen, wie etwa Bad Kötzing, fördern bewusst nur Geschäfte in der Kernstadt, weil es hier gute Parkplatzmöglichkeiten gibt.

5 GERADE IN LÄNDLICHEN RÄUMEN HABEN SICH MOBILE DORFLÄDEN BEWÄHRT

Hierbei fahren Kleintransporter oder Busse mit Waren des täglichen Bedarfs von Dorf zu Dorf. Solche Projekte lassen sich mit dem Onlinehandel verbinden, etwa durch Vorbestellungen.

6 DENKEN SIE AN DIE ÖFFNUNGSZEITEN

In Sachsen-Anhalt wird etwa gerade erforscht, wie ein Dorfladen rund um die Uhr geöffnet haben kann und ohne Kassenpersonal auskommt. Dafür bekommen Kunden eine Chipkarte, mit der sie registriert werden und so Zutritt zum Geschäft bekommen.

KOMMUNALSTELLENMARKT

TOP-JOBS DES MONATS

STADT WITTMUND
FACHDIENSTLEITER ORDNUNG UND SICHERHEIT (M/W/D)
WITTMUND

AWO MÜNCHEN-STADT
FACHREFERENT FÜR UNSER REFERAT KINDERTAGESBETREUUNG (M/W/D)
MÜNCHEN

CARITASVERBAND FÜR DIE STADT BONN E. V
PSYCHIATRISCHE FACHKRAFT (M/W/D)
BONN

ITEOS
IT SYSTEMADMINISTRATOR FÜR MICROSOFT WINDOWS SERVER UND ACTIVE DIRECTORY (M/W/D)
KARLSRUHE, REUTLINGEN, STUTTGART

IKF INTEGRATIVE KINDERFÖRDERUNG GMBH
GRUPPENLEITUNG FÜR INTEGRATIVEN KINDERGARTEN (M/W/D)
MÜNCHEN

STADTWERKE MÜNCHEN GMBH
SACHBEARBEITER PRIVAT- UND GESCHÄFTSKUNDENABRECHNUNG (M/W/D)
MÜNCHEN

LANDKREIS UELZEN
ARBEITSVERMITTLER (M/W/D)
UELZEN

LANDESBETRIEB MOBILITÄT RHEINLAND-PFALZ
BAUINGENIEUR MIT ABSCHLUSS FH-DIPLOM/BACHELOR DER FACHRICHTUNG BAUINGENIEURWESEN (M/W/D)
WATTENHEIM

Die vollständigen Stellenausschreibungen der Top-Jobs des Monats finden Sie unter **stellenmarkt.kommunal.de**

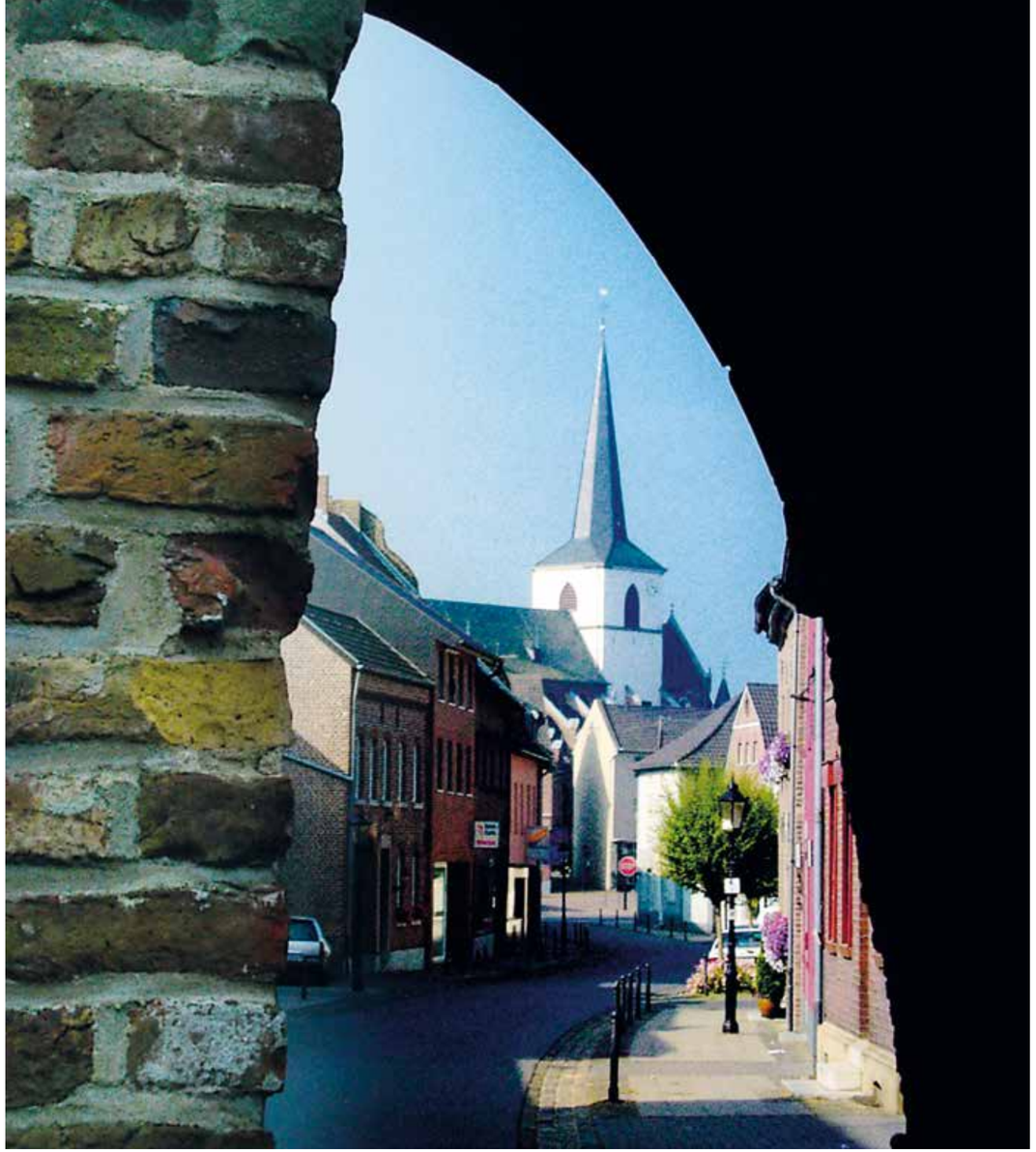
PRAKTIKUM
Die „Tafeln“ in Corona-Zeiten
Seite 50

LÄNDERNEWS
Kurzarbeit im öffentlichen Dienst
Seite 54

BÜRGERMEISTERPORTRAIT

EIN ORT IM ZENTRUM DER **CORONAPANDEMIE**

Bernhard Tholen ist Bürgermeister von Gangelt im Kreis Heinsberg, wo die Corona-Pandemie in Deutschland ihren Anfang nahm. Jeder siebte Einwohner war hier infiziert.



Es gibt einen großen Naturpark und einen wunderschönen Wildpark. Eine historische Eisenbahn fährt mit einem Dampfzug die Ausflügler durch die Gegend. „Wir haben hier Windmühlen, Tennisplätze, eine Minigolfanlage und einen Wohnmobilstellplatz“, sagt Bernhard Tholen. „Unser Ort ist grün – es gibt sehr viele Radwege.“ Die Gemeinde strahle Geborgenheit aus, Heimat. „Die Menschen kennen sich untereinander“, so der Bürgermeister. Es gibt Nachbarschaftshilfe, fast neunzig Vereine, sechs Dorfgemeinschaftshäuser. „Man trifft fast alle überall, man feiert gern zusammen, man kann immer jemanden um Rat und Hilfe fragen.“

Wenn der Bürgermeister von Gangelt im Kreis Heinsberg, direkt an der Grenze zu Belgien und Holland gelegen, über seine Gemeinde spricht, kommt er ins Schwärmen. Seit 1997 ist er Bürgermeister der 12.000 Einwohner zählenden Gemeinde – doch in seinem letzten Dienstjahr, kurz vor dem Ruhestand, war es genau die Geselligkeit in Gangelt, die die Gemeinde unversehens bundesweit in die Schlagzeilen brachte. Vor Karneval fanden in der ganzen Gemeinde Karnevalssitzungen statt, unter anderem auch in Langbroich. „Wir haben sechs große Karnevalsvereine hier. Bei den Langbroichern weiß man, dass alle Darsteller aus dem Ort selber kommen und dass die Sitzung deswegen immer äußerst unterhaltsam ist.“, sagt Tholen. „Da kommen die Menschen auch aus den Nachbarorten hin.“ So war das auch in diesem Jahr. Nur dass mindestens ein Karnevalsjeck mit dem Coronavirus infiziert war.

„Am Dienstag vor dem Aschermittwoch habe ich eine Whatsapp-Nachricht bekommen, dass es einen Corona-Fall im Kreis gab – und der kam aus der Gemeinde Gangelt“, erinnert sich Tholen. „Eine Viertelstunde später rief der Leiter meines Ordnungsamts an.“ Schon am selben Abend beschloss der Kreis, am nächsten Tag die Schulen zu schließen. Doch es war zu spät: Bis heute ist der Kreis Heinsberg eine der am stärksten von der Pandemie betroffenen Gegenden in Deutschland. „Am Anfang war das so, dass wir alle verblüfft waren“, so Tholen. „Man musste sich an diese neue Situation gewöhnen.“ Bis zum Dienstag Mittag war Corona auch in Gangelt ganz weit weg. „Man hatte das wohl mal im Fernsehen gesehen, eine Krankheit in China – aber doch nicht hier bei uns.“ Und dann war der Virus da.

Bernhard Tholen
ist Bürgermeister
von Gangelt

Die ersten zwei, drei Tage habe sich in Gangelt kaum jemand aus dem Haus getraut, so der Bürgermeister. Dann aber habe sich der Ort an seine Stärken erinnert. „Es kam so etwas wie Solidarität auf.“ Die Menschen hätten sich an ihre Nachbarn erinnert: „Wer könnte jetzt Hilfe brauchen in der Quarantäne?“ Bis heute gab es im Ort 470 positive Tests. Die Studie des Bonner Virologen Hendrik Streeck ergab, dass es im Ort rund 2.000 Infizierte gegeben haben muss. Und acht Menschen aus Gangelt, überwiegend Senioren, starben. Wird Gangelt nach der Pandemie noch so sein, wie zuvor? „Ich glaube, dass der Mensch Nähe braucht“, sagt Tholen. „Und dass man diese Nähe auch nach Corona haben wird – dass es eine Zeit geben wird, wo man Menschen wieder begrüßen und umarmen darf.“

Und was hat die Epidemie mit dem Bürgermeister gemacht? „Der eigentliche Krisenmanager war natürlich der Landrat“, sagt Tholen. Dennoch sei er die ersten Tage über kaum zu einer Pause gekommen. Vor allem das Medieninteresse sei gewaltig gewesen. Fernsehteams aus der ganzen Welt seien nach Gangelt gekommen, unzählige Interviews habe der Bürgermeister geben müssen. Den Medien aber zollt Tholen großes Lob: „Ich habe mich immer fair behandelt gefühlt.“ Ansonsten musste vieles in den letzten Wochen auch einfach improvisiert werden. Denn vorbereitet war auf eine Situation wie in Gangelt eigentlich niemand. „Ich glaube auch, dass es Situationen im Leben gibt, die man einfach nicht vorbereiten kann“, sagt Tholen. „Dazu zählt auch so ein Virus.“ Das, was im Frühjahr 2020 über Gangelt hereingebrochen sei, habe man nicht ahnen können. „Eine Kommune unserer Größenordnung kann ein Brandschutzkonzept entwickeln“, sagt Tholen. „Aber eine Pandemie, ein für uns bis dahin nicht vorstellbares Ereignis, muss in weit größeren Einheiten geplant werden.“

Und dennoch: Den Bürgermeister von Gangelt ärgert manches, was er im Verlauf der Pandemie erlebte. „Man muss schon sagen, dass unser Gesundheitssystem durch die Globalisierung Schäden erlitten hat“, sagt Tholen. „Dass wir nicht mehr alle Medikamente in Deutschland herstellen können und unseren Bedarf an Schutzausrüstung hier nicht mehr decken können – das ist fahrlässig gewesen.“ Hier wünscht sich der Gangelter Bürgermeister, dass Deutschland Lehren aus der Pandemie zieht. Selbst hofft der Bürgermeister indes, dass bis zum Herbst das Gröbste überstanden ist. Denn nach 23 Jahren im Amt will Tholen im Oktober eigentlich in den Ruhestand treten – und dann in Gangelt wohnen bleiben. Denn die Gemeinde wird auch nach der Corona-Pandemie ein lebenswerter Ort für seine Einwohner bleiben. Davon ist Bernhard Tholen überzeugt.

PRAKTIKUM

DIE TAFEL: BEDARF IM ÜBERFLUSS

Die Coronavirus-Pandemie zeigt, wie verletzbar die Gesellschaft ist. Die Tafeln wollen einen Beitrag leisten, um Menschen mit geringen Einkommen oder Lohnersatzleistungen zu günstigen Preisen Lebensmittel anzubieten. Gleichzeitig leisten sie einen Beitrag gegen Lebensmittelverschwendung.

TEXT / Silvan Heinze

Essen, wo es hingehört“ ist das Motto, dem sich die Tafel verschrieben hat. Als ich das Gelände der Hauptgeschäftsstelle in Bernau um 9 Uhr betrete, herrscht reger Betrieb. Während Helfer gerettete Lebensmittel von einem Transporter holen, wird gerade ein anderes Fahrzeug mit frisch gepackten Lebensmittelkisten beladen. „Tafel-Mobil“ liefert den Kunden die Lebensmittel direkt nach Hause. Zurzeit profitieren davon alle, die es aus alters- oder gesundheitlichen Gründen nicht zur Tafel schaffen. Den Geschäftsführer Peter Raske treffe ich in seinem Büro. Von dort startet unser Rundgang. Er zeigt mir die Ausgabestelle, das Café, den Aufenthaltsraum sowie die Lagerräume. Außerdem besitzt der Verein vier große Kühlcontainer. „Keine Selbstverständlichkeit für eine Tafel“, sagt Raske stolz.

Die Tafel Bernau ist eine von bundesweit mittlerweile 948 Tafeln, die im Dachverband „Tafel Deutschland“ organisiert sind. Dabei können die Strukturen sehr unterschiedlich ausfallen. In Bernau handelt es sich um einen Verein. Leitbild und Grundsätze hat der Dachverband definiert. An oberster Stelle stehen Nachhaltigkeit und Humanität. Damit knüpft der Verband an die Gründung der bundesweit ersten Tafel im Jahr 1993 in Berlin an. Ein Vortrag der damaligen Sozialsenatorin Ingrid Stahmer zum Thema Obdachlosigkeit und das Konzept der City-Harvest-Initiative New York hatten den Stein ins Rollen gebracht. Eine Fraueninitiative versuchte, die Lebensmittelhändler davon zu überzeugen, überschüssige Waren zu spenden. Kein leichtes Unterfangen! Doch es gelang: Nach ersten Erfolgen sollten neben Obdachloseneinrichtungen auch weitere soziale Organisationen davon profitieren.

> Die Geringverdiener von heute **sind die Tafelkunden von morgen“**
>
> **Peter Raske,** Geschäftsführer von „Tafel-Mobil“

Deutschlandweit nutzen rund 1,65 Millionen Menschen die Unterstützung durch die Tafeln. Dazu zählen vor allem ALG II-Empfänger (47 Prozent), Rentner (26 Prozent) und Asylbewerber (20 Prozent). In Bernau sind es vor allem Senioren. Allerdings fällt Geschäftsführer Raske auf, dass in der Coronakrise wieder mehr Familien kommen, weil die Mahlzeiten für die Kinder in der Kita oder in der Schule fehlen. Denn mit der Schule fällt auch das Schulessen aus. Es muss zu Hause gekocht werden. „Das sind zum Teil Familien, die sogar arbeiten gehen, aber nur den Mindestlohn bekommen. Die Geringverdiener von heute, da müssen wir uns nichts vormachen, sind die Tafelkunden von morgen“, sagt Raske. Für Alleinerziehende und kinderreiche Familien sei die Situation besonders prekär.

Die Vorschriften aufgrund des Coronavirus stellten die Tafel vor neue Herausforderungen. Das betrifft vor allem die Einhaltung der neuen Hygienebestimmungen. Außerdem musste das Café für Wochen schließen, wodurch dem Verein wichtige Einnahmen fehlen. An Lebensmitteln mangelt es der Tafel Bernau dagegen nicht. „Es wird immer noch so viel weggeworfen. Das können wir gar nicht alles retten“, sagt Raske. Weil es sich bei den Lebensmittelspenden für die Tafel meist um Frisch- und weniger um Trockenwaren handelt, waren die Hamsterkäufe kein Problem. Durch die Einschränkungen in der Gastronomie standen teilweise sogar mehr Lebensmittel zur Verfügung als sonst. Der Personalabbau in Supermärkten wiege da schon mehr. Schließlich bedeutet die Abstimmung mit der Tafel für die Angestellten zusätzliche Arbeit. Überhaupt scheint die größte Herausforderung des Tafelgeschäfts in der Logistik zu liegen. Denn für Abholung und Verteilung der Lebensmittel braucht es entsprechende Fahrzeuge. Der Unterhalt der aktuell vier Transporter, die das Rückgrat des Tafelbettriebs bilden, ist vergleichsweise kostspielig.

Viele der Ehrenamtlichen, die hier anpacken, sind selbst Nutzer. Ein Querschnitt, der in Ostdeutschland stärker ausgeprägt ist. Dort zählen je nach Bundesland 50 bis 74 Prozent der Tafel-Aktiven zu den Nutzern. Zum Vergleich: In Bayern sind es gerade mal sechs Prozent.

Malina Jankow, die ich heute ebenfalls kennenlerne, kann das bestätigen. Sie selbst hat bei der Tafel mit einem Ein-Euro-Job angefangen. Der bulgarische Abschluss als Diplom-Ökonomin wurde ihr in Deutschland nicht anerkannt. Ihre Töchter studieren auch und wollen Lehrerinnen werden. Ihr habe es bei der Tafel gefallen und dann sei sie geblieben, erzählt sie. Dort arbeitet sie seit fast 13 Jahren, leitet mittlerweile die Ausgabestelle und koordiniert die Mitarbeiter. Sie hat viel zu tun und ist trotzdem immer ansprechbar. Was es für ihre Arbeit braucht? Engagement und Organisationstalent. Auch die Vielsprachigkeit - Russisch, Bulgarisch, Deutsch - hilft ihr sicherlich, um auf die vielfältigen Bedürfnisse eingehen zu können. Für die Tafel wünscht sie sich, dass es zwischen den Ehrenamtlichen weniger Streit gibt. „Jeder guckt, was der andere nicht macht. Jeder denkt, er mache mehr als der andere.“ Für sie zählen das Engagement und die Zuverlässigkeit jedes Einzelnen.

Von den Bürgern wünscht sie sich mehr Anerkennung für die Tafel, die fester Bestandteil Bernaus ist. Tafel-Geschäftsführer Raske wünscht sich von der Kommune, dass Gemeindevertreter und Politiker häufiger das Gespräch mit den Menschen suchen. „Viele haben den Blick dafür verloren, was

Neben der Ausgabe von Lebensmitteln fällt für Tafel-Leiter Peter Raske auch eine Menge Papierkram an

die Menschen wirklich beschäftigt, beklagt er. Allzu oft müsse das Gespräch durch die Tafel initiiert werden. Er möchte, dass die Tafel noch stärker ein Ort der Begegnung wird. Ansonsten kann sich Raske über die Zusammenarbeit mit der Stadt nicht beklagen. Da kennt er andere Beispiele: Zum Beispiel, wenn ein Bürgermeister behauptet, dass seine Stadt so reich ist, dass sie keine Tafel brauche. Das sei in Bernau aber nicht der Fall.

Tafeln und Kommunen müssen im ständigen Austausch bleiben, meint Raske. „Nichts ist schlimmer als eigenbrötlerisch nur die eigene Sicht zu verfolgen. Dabei ist es auch wichtig, dass man auch einen Input von der Gemeinde kriegt: Was ist überhaupt möglich? Was kann die Gemeinde auch leisten?“

Zurzeit unterstützt die Stadt Bernau die Tafel bei der Suche nach einem neuen Grundstück. Es muss gut erreichbar sein und genügend Platz bieten. Der Eigentümer hat der Tafel den Mietvertrag zum Ende des Jahres gekündigt. Für das rund 1.000 Quadratmeter große Gelände zahlt der Verein 30.000 Euro Miete im Jahr. Aber im Umland von Berlin steigen die Grundstückspreise massiv. Der Eigentümer erhofft sich wahrscheinlich höhere Einnahmen. Mit Blick auf die mietbaren Lagercontainer auf dem Nachbargrundstück vermutet Raske, dass diese in drei Monaten genauso viel Miete zahlen wie die Tafel im Verlauf eines Jahres.

Aber wie kann es überhaupt sein, dass wir im Überfluss leben und trotzdem Angebote wie die Tafel ihren Platz haben? Auf der einen Seite werde schlichtweg nicht nachhaltig produziert, meint Raske. Um das zu ändern, müssten diejenigen, die es sich leisten können, bewusster konsumieren. Als Beispiel nennt Raske die vielfach kritisierten Milchpreise, bei denen sich das Geschäft für viele Bauern schlichtweg nicht mehr lohnt. Auf der anderen Seite gibt es einen Niedriglohnsektor, der im Sinne der Vollbeschäftigung ausgebaut worden sei. Deutschland lag laut dem statistischen Amt der Europäischen Union mit 22,5 Prozent der Arbeitnehmer mit Niedriglöhnen auf den vordersten Plätzen. Als Niedriglohnempfänger gilt, wer weniger als zwei Drittel des Medianverdienstes des jeweiligen Landes verdient. Zwar stammen die letzten Vergleichszahlen aus dem Jahr 2014, aber zumindest für Deutschland hat sich seitdem wenig geändert.

Zwischen 2018 und 2019 stieg die **Zahl der Tafel-Kunden** um

10 %

Für Malina Jankow, die Leiterin der Ausgabestelle, wird insbesondere in Krisenzeiten sichtbar, wie verwundbar die Gesellschaft wirklich ist. Das Angebot der Tafel könnte einmal für mehr Menschen relevant sein als es ihnen lieb ist, glaubt sie. Allein zwischen 2018 und 2019 stieg die Zahl der Bedürftigen um 10 Prozent. Auch durch die Folgen der Coronakrise könnte sich die Situation weiter verschärfen. Damit dies nicht passiert, fordern die Tafeln seit Jahren eine sozial-ökologische Wende. Nachvollziehbar für jeden, der schon mal eine Tafel besucht hat, denke ich.

Malina Jankow, Leiterin der Ausgabestelle

FOTOS/KGSt

KGSt-DENKANSTÖSSE

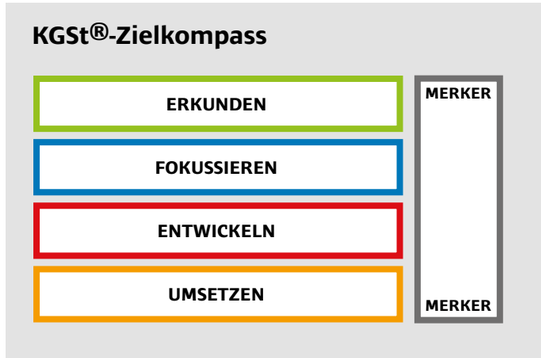
MIT DEM KGST®-ZIELKOMPASS ZUM ERFOLG

Wie Sie Ihre Projekte nutzerorientiert konkretisieren können erläutern Kathrin Seiter und Matthias Hörmeyer von der KGSt.

Kennen Sie das? Sie wollen ein Projekt angehen oder sich – gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen – mit einem neuen Thema beschäftigen, bekommen die konkreten Inhalte der Thematik aber nur schwer zu greifen. Teilweise fehlen klare Abstimmungen oder auch Zuständigkeiten, um das Projekt in die richtigen Bahnen zu lenken. Hinzu kommen unterschiedliche Standpunkte und Ansichten.

Diese unklaren Strukturen zu Beginn eines Projektes führen häufig zu langen Projektlaufzeiten, fehlenden Ergebnisse oder teilweise sogar zum kompletten Scheitern von Projekten. Was fehlt, ist ein klarer Leitfaden für die Praxis, durch den alle Beteiligten sich auf ein gemeinsames Vorgehen verständigen und im Laufe des Projektes den Überblick behalten. Diesen klaren Fokus können Sie sich mit dem KGSt®-Zielkompass erarbeiten!

Der KGSt®-Zielkompass zielt darauf ab, komplexe Fragestellungen nutzerzentriert zu konkretisieren. Er ist universell einsetzbar: unabhängig davon, ob Sie in zentralen Einheiten oder in Fachressorts tätig sind. Gerade zu Beginn eines Projektes können Sie mit dieser Methode jedes Thema bzw. jede Fragestellung ideal strukturieren!



Am KGSt®-Zielkompass arbeiten Sie nicht allein. Nutzen Sie Ihr Projektteam, um gemeinsam die einzelnen Phasen des KGSt®-Zielkompasses zu durchlaufen. Oder gehen Sie in betroffene Fachbereiche und bitten Kolleginnen und Kollegen um Beteiligung. Auch vermeintlich fachfremde Beteiligte können einen wertvollen Beitrag leisten.

Bei dem KGSt®-Zielkompass handelt es sich um eine Workshop-Methode. Das bedeutet, dass die gesamte Gruppe aktiv eingebunden ist und jede bzw. jeder im Team für den Erfolg des KGSt®-Zielkompasses verantwortlich ist. Erfahrungen haben gezeigt, dass es ein bis zwei Tage dauern kann, bis der komplette Kompass durchgearbeitet wurde. Wir können Ihnen versprechen, dass dies für Ihr Projekt zwei wirklich gut investierte Tage sind. Struktur und ein gemeinsames Verständnis direkt zu Projektbeginn sind der Grundstein für Ihren Projekterfolg.

Insgesamt umfasst der KGSt®-Zielkompass vier Phasen: ERKUNDEN, FOKUSSIEREN, ENTWICKELN und UMSETZEN. Neben den vier Phasen finden Sie noch den MERKER, der während des gesamten Workshops dazu dient, relevante aber nicht in die aktuelle Diskussion passende Fakten und Ideen zu sammeln und für den späteren Workshop-Verlauf zu bewahren.

Worauf warten Sie also? Testen Sie den KGSt®-Zielkompass und erleben Sie selbst, wie Sie die Methodik in Ihrem Projekt nach vorne bringt. Weitere Erläuterungen finden Sie unter www.kgst.de, im Denkanstoß „Methodenvorstellung: KGSt®-Zielkompass“.

Kathrin Seiter ist Referentin im Programmbereich Personalmanagement in der KGSt.

Matthias Hörmeyer ist Referent im Programmbereich Organisations- und Informationsmanagement in der KGSt

MEHR INFORMATIONEN

Kathrin.Seiter@kgst.de
www.kgst.de
www.twitter.com/KGSt_de

Matthias.Hoermeyer@kgst.de
www.facebook.com/KGSt.de
www.xing.com/companies/kgst

BADEN-WÜRTTEMBERG

32 Millionen für Breitbandausbau

Neue Fördermittel ermöglichen im Südwesten die Realisierung von 39 weiteren Projekten zum Breitbandausbau. Insgesamt belaufen sich die Förderbescheide auf 32,4 Millionen Euro. „Dank attraktiver Förderbedingungen gelingt es, auch die besonders kostspielige Erschließung von verstreuten Ortschaften im ländlichen Raum voranzubringen," so das zuständige Innenministerium. Aufgrund der aktuellen Corona-Lage fand die Übergabe der Bescheide erstmals als Videokonferenz zwischen Minister Strobl und den Vertretern der Kommunen statt.

Zustimmung zur Änderung der **Gemeindeordnung**

Gemeindetagspräsident Roger Kehle hat den Entwurf zur Durchführung von Videositzungen von Gemeinderäten ausdrücklich gelobt. Die Landesregierung hatte wegen der Coronakrise als erstes Bundesland einen entsprechenden Gesetzesentwurf vorgelegt. Er versetzt nicht nur Gemeinderäte und Kreistage, sondern auch andere kommunale Gremien, wie etwa Ortschaftsräte, in die Lage, per Videokonferenz rechtssicher Abstimmungen durchzuführen. Erste Kommunen hatten die Möglichkeit bereits genutzt, noch bevor der Landtag den Gesetzesentwurf offiziell beschlossen hatte. Formal mussten Abstimmungen daher später wiederholt werden.

BAYERN

Amtsantritte von Bürgermeistern und Landräten

Mehr als 800 Bürgermeister haben Anfang Mai offiziell ihr Amt im Freistaat aufgenommen. Sie wurden bei den Bürgermeisterwahlen neu in die Positionen gewählt. Auch die neuen Landräte wurden Anfang Mai offiziell in ihr Amt eingeführt. Hier wurden acht Landräte im ersten Wahlgang mit absoluter Mehrheit neu gewählt. Sie gehören alle der CSU an. Von den sieben bisherigen Amtsinhabern, die in die Stichwahl mussten, setzten sich die fünf CSU-Kandidaten und ein Freier Wähler erneut durch, während der den Grünen angehörige Landrat im Landkreis Miesbach seinem CSU-Herausforderer unterlag. Insgesamt wurden in der Stichwahl weitere zwölf neue Landräte gewählt.

Mehr Kurzarbeit im öffentlichen Dienst

Auch Kommunen in Bayern haben Mitarbeiter in Kurzarbeit geschickt. Allerdings erhalten Beschäftigte des öffentlichen Dienstes mehr Geld als die meisten Kurzarbeiter in der freien Wirtschaft. Sie bekommen zwischen 90 und 95 Prozent ihres Nettogehalts. Landesweite Zahlen über die Betroffenen gibt es zwar nicht, Kurzarbeit gab und gibt es aber vor allem im Kur- und Tourismusbetrieb. So waren in Bad Wörishofen etwa im Mai 47 von 250 Mitarbeitern in Kurzarbeit. In Friedberg waren 60 Mitarbeiter vor allem in der Museumsaufsicht und beim Stadtbad betroffen. In anderen Kommunen wurden Überstunden abgebaut.

BRANDENBURG

Finanzhilfen für Kommunen

Als erstes Bundesland hat Brandenburg bereits Ende April Finanzhilfen für Kommunen im Rahmen der Coronakrise beschlossen. Dem Beschluss zufolge sollen die Corona-bedingten Steuerausfälle teilweise ausgeglichen werden. Konkret wurde vereinbart, dass eine Arbeitsgruppe bis zur Sommerpause Vorschläge zur Stabilisierung der Einnahmen der Kommunen vorlegen soll. Das Kabinett könnte Mitte Juli darüber entscheiden. Der Städte- und Gemeindebund in Brandenburg beziffert die Ausfälle beziehungsweise Mindereinnahmen auf bis zu 913 Millionen Euro allein in diesem Jahr.

Mehr Hausmüll in Kommunen

Die Coronakrise hat das Hausmüllaufkommen deutlich steigen lassen. Allein die Stadt Potsdam beziffert den zusätzlichen Müll auf gut 80 Tonnen pro Woche. Das entspricht einem Plus von zwölf Prozent. Auch das Sperrmüllaufkommen und die Mengen von Bioabfall seien vor allem im Monat April deutlich gestiegen. Bei Leichtverpackungen hingegen habe es kaum Veränderungen gegeben. Laut einer Umfrage der Deutschen Presseagentur melden andere Städte, wie etwa Cottbus, ähnliche Anstiege. Im Gegenzug gebe es aber vor allem rund um Schulen und Kindergärten weniger Schmutz im Umfeld von Abfallbehältern.

FOTOS: Adobe Stock

NIEDERSACHSEN

Mobilfunkmasten für weitere Kommunen

Im Rahmen der Aktion „Wir jagen Funklöcher" bekommen zwölf weitere Kommunen in Niedersachsen LTE Mobilfunkmasten. Deutschlandweit hat ein Mobilfunkanbieter 100 weitere Standorte aufgebaut, zwölf davon im Nordwesten. Trotz Corona sollen die meisten Standorte bis Ende des Jahres funken, so ein Unternehmenssprecher. Die „Gewinner-Kommunen" sind Auhagen, Börger, Firrei, Lage, Lingen, Lüder, Burgwedel, Göttingen, Krebeck, Salzbergen, die Samtgemeinde Hage und Stemmen im Landkreis Rotenburg/Wümme. Insgesamt hatten deutschlandweit jedoch 539 Kommunen Bedarf angemeldet.

Bewerbungen als **Klimakommune**

43 Städte und Gemeinden haben sich in diesem Jahr auf die Auszeichnung „Niedersachsens Klimakommune des Jahres" beworben. Das sind deutlich mehr als in den Vorjahren. Insgesamt seien 55 Projekte eingereicht worden, so das Umweltministerium. Zum Vergleich: Beim letzten Mal lag die Zahl der eingereichten Projekte bei 35. Wegen der Coronakrise hatten die Organisatoren die ursprünglich bis Ende März laufende Bewerbungsfrist um einen Monat verlängert. Die Preisverleihung ist für Anfang September geplant. Insgesamt sind 100.000 Euro Preisgeld ausgelobt.

NRW

Handwerk sieht Kommunen in der **Pflicht**

Das Handwerk will arbeiten und braucht dazu vor allem Aufträge. Die Handwerkskammer NRW fordert daher vor allem die öffentliche Hand auf, mit gutem Beispiel voranzugehen und Aufträge zu vergeben. Dazu müsse aber auch eine Schieflage der Kommunalfinanzen abgewendet werden. Gerade jetzt, da die Corona-Krise die Wirtschaft in die Knie zu zwingen droht, müssten die Investitionen und Vergaben der Kommunen und ihrer Unternehmen die Konjunktur ankurbeln. NRW-Verbandschef Ehlert bringt regulatorische Erleichterungen im Vergaberecht ins Spiel und schlägt freihändige Vergaben für Aufträge in einem Wert von bis einer Million Euro vor. „Langfristig brauchen wir auch Verbesserungen bei den strukturellen Rahmenbedingungen, um neben öffentlichen auch gewerbliche und private Bauinvestitionen zu erleichtern: Absenkung der Grunderwerbsteuer, Beschleunigung von Baugenehmigungen, bürokratiearmes Grundsteuermodell." Der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart hat derweil die Kommunen aufgefordert, Rechnungen der Handwerksbetriebe schnell nach Beendigung der Dienstleistung zu bezahlen. Sie seien gerade in der Corona-Krise darauf angewiesen, dass das Geld für erledigte Aufträge schnell fließt.

RHEINLAND-PFALZ

Finanzhilfen für Kommunen beschlossen

100 Millionen Euro Soforthilfe hat das Land den Kommunen im Rahmen der Coronakrise zur Verfügung gestellt. Die Kommunen wollen das Geld vor allem in den Gesundheitsämtern einsetzen. Nach Angaben des zuständigen Sozialministeriums wurde das Geld bereits an die Kommunen ausgezahlt. Weitere Pakete stellte das Land in Aussicht. Noch seien die Auswirkungen aber überschaubar, heißt es aus dem Ministerium. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie haben sich in den Steuereinnahmen des ersten Quartals 2020 demnach noch nicht niedergeschlagen, sodass auch die Gemeindeanteile an den Gemeinschaftssteuern, die im Mai an die Kommunen ausgezahlt werden, konstant blieben.

Kommunen beantragen **Speicherförderung**

Die ersten Kommunen in Rheinland-Pfalz haben eine Zusage für einen Zuschuss für Photovoltaik-Speicher bekommen. In den ersten Monaten des Förderprogramms kamen nur Anträge von Privathaushalten für den Zuschuss. Das habe sich nun geändert, so das Ministerium. Mehr als 1.500 Anträge von Privathaushalten sind demnach bisher eingegangen, rund 800 Förderbescheide wurden schon versendet. Jetzt haben auch Kommunen ihre Anträge gestellt – nämlich die Verbandsgemeinden Bad Marienberg, Nieder-Olm, Landstuhl sowie die Verbandsgemeinde Kastellaun. Die Verbandsgemeinden Bad Marienberg und Nieder-Olm hätten ihre Förderbescheide bereits erhalten.

SACHSEN-ANHALT

Stärkung der Kommunen gefordert

Halles Oberbürgermeister Bernd Wiegand hat sich für eine Stärkung des Selbstbestimmungsrechts der Kommunen in Sachsen-Anhalt stark gemacht. Angesichts der Coronakrise forderte er, die Entscheidungen etwa über Lockerungen verstärkt an die Kommunen zu übertragen. Das Land solle nur grundsätzliche Kriterien vorgeben, die einzuhalten seien. „Dann liegt die Verantwortung bei den Kommunen für das eigene Gebiet", so er parteilose Bürgermeister. So könne besser auf örtliche Gegebenheiten reagiert werden. Es dürfe nicht pauschal entschieden werden.

Einnahmen aus **Zweitwohnungssteuer** steigen

Die Gemeinden in Sachsen-Anhalt haben im vergangenen Jahr 1,5 Millionen Euro an Zweitwohnungssteuer eingenommen. Damit hätten sich die Einnahmen um über 10 Prozent im Vergleich zum Vorjahr erhöht, so das statistische Landesamt. Demnach erhebt jede siebte Gemeinde in Sachsen-Anhalt eine Zweitwohnungssteuer. Die Einnahmen konzentrieren sich dabei vor allem auf drei Städte. Magdeburg, Halle und Schönebeck nehmen zusammen rund die Hälfte der 1,5 Millionen Euro ein. In Magdeburg waren es fast 400.000 Euro, in Halle rund 250.000 und in Schönebeck etwa 100.000 Euro.

FOTOS: Adobe Stock

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Neuer Innenminister für Schleswig-Holstein

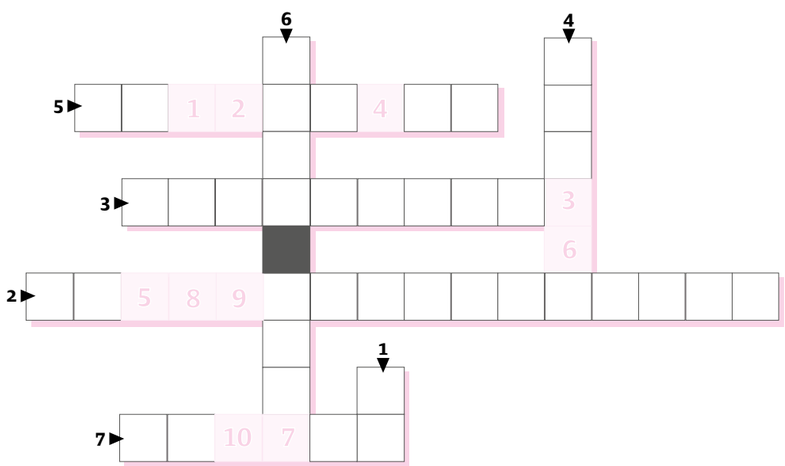
Der bisher für Kommunen zuständige Innenminister Hans-Joachim Grote ist zurückgetreten. Ihm war vorgeworfen worden, Informationen an einen Journalisten weitergegeben zu haben. Nachfolgerin von Grote ist seit Anfang Mai die bisherige Justizministerin Sabine Sütterlin-Waack, der Landtagsabgeordnete Christian Clausen wird neuer Justizminister. Grote war Ende April mit sofortiger Wirkung zurückgetreten. Der 64-jährige war zuvor zwölf Jahre lang Oberbürgermeister von Norderstedt.

Grundsteuermodell steht

Schleswig-Holstein wird nun doch keinen Sonderweg bei der Grundsteuerreform gehen. Die Jamaika-Koalition teilte mit, man werde das Bundesmodell übernehmen. Damit verzichtet das Land auf die Nutzung der Länderöffnungsklausel. Sie rechne mit einer aufkommensneutralen Reform, so die zuständige Finanzministerin Heinold. "Die neue Grundsteuer soll keine Steuererhöhung durch die Hintertür sein, so ist es auch mit den Kommunen besprochen", so Heinold. CDU und FDP hatten zuvor für ein neues System geworben, waren dann aber doch von ihren Plänen abgerückt. Das Bundesverfassungsgericht hatte die Grundsteuer zuvor für verfassungswidrig erklärt. Nach der neuen Regel können nun die Bundesländer entscheiden, ob sie die Berechnungsmethode des Bundes übernehmen oder eine eigene entwickeln.

Kreuzwort**rätsel**

1. Von wem stammt die DSGVO?
2. Wer überprüft im Zweifelsfall die Amtshaftungspflicht in Kommunen?
3. Wie wird Homeoffice in Behördensprache häufig noch genannt?
4. Was ist die Abkürzung für „Kritische Infrastrukturen“ des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophen?
5. Was verkaufte Taunusstein, um die Tafel in der Krise zu unterstützen?
6. Was sind Falschmeldungen in den Vereinigten Staaten?
7. Wie heißt die familienfreundlichste Stadt Deutschlands?



LÖSUNGSWORT:

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10

Die KOMMUNAL-Powerbank – die praktische Stromversorgung für unterwegs. Unter allen Teilnehmern verlosen wir dreimal dieses praktische Gadget für ihr Smartphone. Senden Sie einfach das Lösungswort per E-mail, bis spätestens **15.06.2020,** an:

gewinnspiel@kommunal.de
*Teilnahmebedingungen unter www.kommunal.de/teilnahme

Liebe Leserinnen und Leser,

der Streit um den Mobilfunkstandard 5G eskaliert. Erste Kommunen haben sich schon zu „5G-freien Zonen“ erklärt. Doch ist Verhinderung der Zukunft wirklich der richtige Weg? Was spricht für die neue Mobilfunktechnik und wie können wir unsere Bürger überzeugen? Wir greifen die Diskussion auf und versuchen, Ordnung in die oft sehr emotionale Debatte zu bringen und mit Fakten zu argumentieren. Außerdem werfen wir in der kommenden Ausgabe einen Blick auf die bevorstehenden Sommerferien. Wie gehen die Tourismusregionen in Corona-Zeiten mit Sicherheitsmaßnahmen und Abstandsregeln um? Welche wirtschaftlichen Auswirkungen erwarten die Kommunen und welche Ideen zur Verbesserung der Situation haben Sie? Zwei unserer Themen, an denen wir aktuell arbeiten. Bis dahin gilt vor allem eins: Bleiben Sie bitte gesund!

Ihr Christian Erhardt

MÖLLER MEDIENGRUPPE

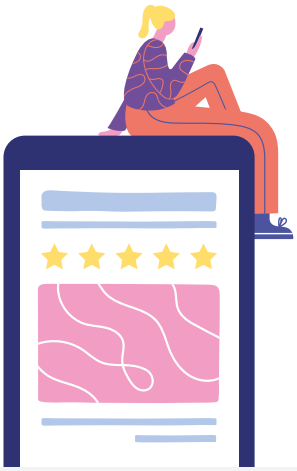
MODERNE LÖSUNGEN FÜR KOMPLEXE AUFGABEN

Anspruchsvolle Projekte verlangen einen Partner mit modernen Kommunikationslösungen, die von der konzeptionell gestalterischen Idee, über die komplette Herstellung bis zum termingerechten und sicheren Versand Ihrer Printprodukte reichen. Das integrierte Zusammenspiel aller Unternehmen der Möller Mediengruppe garantiert kommunalen und öffentlichen Auftraggebern einen umfassenden Full Service. Wir verfügen über langjährige Erfahrung bei der Gesamtherstellung von kommunalen Infomaterialien, Abfallkalendern und Kundenzeitschriften. Der Vorteil für Sie liegt auf der Hand: Wir übernehmen die gesamte Verantwortung für Ihr Produkt. Integriert, qualitativ hervorragend und termingerecht.

WWW.MOELLER-MEDIENGRUPPE.DE

MÖLLER MEDIENAGENTUR
MÖLLER DRUCK & VERLAG
MÖLLER MEDIEN VERSAND
MÖLLER NEUE MEDIEN

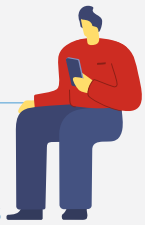
So melden Sie unzulässige Inhalte bei Facebook



Facebook ist eine wichtige Quelle zur Verbreitung von Informationen und Inhalten und wird dafür immer öfter auch von Städten und Gemeinden genutzt. Viele Lokalpolitiker*innen kommunizieren zudem regelmäßig direkt mit Bürger*innen über ihre eigenen Facebook-Seiten. Bei allen Vorteilen des direkten Austauschs sind auch Lokalpolitiker*innen zunehmend von Hass und Hetze in den sozialen Netzwerken betroffen. Dabei ist vielen unklar, welche Beiträge noch unter freie Meinungsäußerung fallen und was bereits strafrechtlich relevant ist. Gleichzeitig sind insbesondere auf lokaler und kommunaler Ebene nicht alle Politiker*innen mit den Werkzeugen vertraut, mit denen sie gegen solche Beiträge vorgehen können. Deswegen will Facebook Lokalpolitiker*innen gezielt dabei unterstützen, sich mit diesen Werkzeugen vertraut zu machen und gegen Hass und Hetze vorzugehen.

Facebooks Meldewege

1 Sicherheit des eigenen Kontos



Facebook bietet mehrere Sicherheitsfunktionen an, darunter Anmeldewarnungen und zweistufige Authentifizierung, um Ihr Konto noch besser zu schützen. Sie können Ihre Privatsphäre-Einstellungen auch jederzeit ansehen und aktualisieren.
fb.me/sicherheitsfunktionen

2 Inhalte melden

Sie können uns missbräuchliche Inhalte nach unseren Gemeinschaftsstandards melden. Dies geht direkt über einen Klick auf die drei Punkte über dem Inhalt. fb.me/inhalte-melden

3 Melden gemäß NetzDG

Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) ist ein deutsches Gesetz, das soziale Netzwerke dazu verpflichtet, ein Verfahren für den Umgang mit Beschwerden über rechtswidrige Inhalte vorzustellen. Hier können Sie Meldungen gemäß NetzDG einreichen:
fb.me/netzdg-melden

4 Melden von Verleumdungen

Ein auf Facebook geposteter Inhalt ist Ihrer Meinung nach gemäß geltendem Recht verleumderisch oder verletzt anderweitig Ihre persönlichen Rechte?
fb.me/verleumdung-melden

5 Melden von gehackten oder gefälschten Konten

Hat jemand Zugriff auf ihr Konto erhalten oder ein Konto erstellt, um Sie oder eine andere Person nachzuahmen? fb.me/konto-melden

6 Melden einer Verletzung der Privatsphäre

Was mache ich, wenn ein gepostetes Foto oder Video meine Persönlichkeitsrechte oder die meines Kindes verletzt? Wie kann ich auf Facebook ein Foto oder Video melden, das die Persönlichkeitsrechte einer anderen Person verletzt, die krank ist, im Krankenhaus liegt oder anderweitig eingeschränkt ist?
fb.me/persoenlichkeitsrecht